

Veröffentlichungen der Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* des
Forschungsschwerpunktes *Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse*
des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

ISSN 1615 – 7540

FS III 02 – 404

Entwicklungen der deutschen Lebensqualität –
die Bundesländer im Vergleich

Denis Huschka

September 2002

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“
im Forschungsschwerpunkt III

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
• Reichpietschufer 50 • D – 10785 Berlin
Telefon 030 25 491 – 0

Denis Huschka war von 1998 – 2001 stud. Mitarbeiter der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Derzeit ist er Forschungsstipendiat des Deutschen Akademischen Austauschdienstes am Institute of Social & Economic Research der Rhodes University in Grahamstown/South Africa.

Das vorliegende Paper entstand während seiner Tätigkeit am WZB und ist eine zusammengefaßte, überarbeitete und gekürzte Version seiner 2001 an der Technischen Universität Berlin eingereichten Magisterarbeit.

Mein Dank gilt
Prof. W. Zapf,
Prof. M. Dierkes,
Dr. R. Habich
und
M. Sander-Blanck.

Zusammenfassung

Gleichwertige Lebensumstände sind das erklärte Ziel föderaler Politik in Deutschland. Dennoch gibt es Differenzen in den Lebensbedingungen und den darauf bezogenen Einschätzungen der Menschen. Seit 1990 wurde dies besonders durch den gern benutzten Ost-West Vergleich sichtbar. Doch nicht nur hier gibt es deutliche Unterschiede, sondern auch zwischen den einzelnen Bundesländern. Mit 25 Indikatoren aus vier Lebensbereichen wird ein systematisches Bild der Lebensqualität in Deutschland gezeichnet. Das Ergebnis ist ein "Atlas" der differenten Lebensbedingungen und darauf bezogener Perzeptionen. Eine Betrachtung über die Zeit bescheinigt sogar eine wachsende Unterschiedlichkeit der Bundesländer in einigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten. Allerdings wird in einem europäischen Vergleich deutlich, daß sich innerdeutsche Differenzen auf tolerablem Niveau befinden und sich kein bedeutendes Stadt-Land-Gefälle, wie es für andere Länder typisch ist, ausmachen läßt.

Abstract

Equitable living circumstances are a main goal of German policy. Yet there are differences in living conditions and perceptions. After unification comparisons between East and West highlighted such differences. But there are also differences among the federal states of Germany. In this paper 25 social indicators covering four life domains are analysed to draw a systematic picture of living conditions and perceptions of living conditions. The result is an 'atlas' of differential quality of life in Germany. Observations of trends over time show up emergent differences in several aspects of societal, economic, and social life. Nevertheless, within-country differences in Germany do not exceed levels found in other parts of Europe. Moreover, unlike in other countries, rural-urban differences are minimal.

The paper is a revised and abridged version of my master thesis with the same title.

Gliederung

1 Einleitung: Differente Strukturen – differente Lebensqualität?	3
2 Warum die Länder?	5
3 Soziale Indikatoren und Konzepte der Lebensqualität	7
4 Die Lebensqualität der Deutschen in Ost und West und in den Bundesländern	11
4.1 Der materielle Lebensbereich	11
4.2 Der persönliche Lebensbereich	15
4.3 Der öffentliche Lebensbereich	18
4.4 Globalmaße des Wohlbefindens und Zukunftserwartungen	21
4.5 Welche Bundesländer sind sich ähnlich, welche nicht?	26
4.6 Differenzen zwischen Stadt und Land	29
5 Deutschland in Europa - Differenzen in europäischen Staaten im Vergleich	33
5.1 Differenzen in der wirtschaftlichen Leitungsfähigkeit	34
5.2 Differenzen in den Arbeitslosenquoten	38
5.3 Deutsche und europäische Differenzen im Vergleich	40
6 Resümee und Ausblick	43
Literatur	48

1 Einleitung: Differente Strukturen – differente Lebensqualität?

In internationalen Modernitätsvergleichen schneidet die Bundesrepublik immer wieder sehr erfolgreich ab. Deutschland gehört zu den führenden Industrienationen. Die Lebenserwartung ist vergleichsweise hoch. Das demokratische System ist weltweit anerkannt und stabil. Und nicht zuletzt: die Bürger profitieren von den positiven Entwicklungen der vergangenen 50 Jahre.

Empirisch-sozialwissenschaftliche Untersuchungen bescheinigen den Menschen in der Bundesrepublik eine hohe Lebensqualität. Die *durchschnittlichen* Bedingungen des Lebens sind in den meisten Bereichen für eine große Zahl der Deutschen sehr gut, und dies wird mit *durchschnittlich* hohen Zufriedenheiten honoriert. Die (alte) Bundesrepublik hat es verstanden, Massenwohlstand bei gleichzeitiger Gewährleistung sozialer Absicherung zu ermöglichen und auszubauen.

1987 beschrieb Wolfgang Zapf Deutschland als "... affluent society with high objective and subjective welfare levels, a considerable degree of dispersion, i.e., inequality, but only medium correlations, i.e., only low cumulations of (negative) living conditions and evaluations of well-being" (Zapf et al. 1987: 9). Dies ist zweifellos ein positives Urteil. Dennoch partizipierten nicht alle Menschen gleichermaßen am insgesamt hohen Wohlfahrtsniveau. Eine starke räumliche oder sozialstrukturelle Segmentierung ließ sich allerdings nicht nachweisen. Große Differenzen stehen den föderalen und egalitären Gedanken, an denen sich die deutsche Politik orientiert, entgegen. Die Ausgleichsmechanismen des Föderalismus auf einer Mesoebene und des Sozialstaates auf der Mikro- oder Individualebene wirkten erfolgreich als „Problemlöser“.

1990 vereinigten sich die beiden deutschen Staaten. Besonders aus der Perspektive „von außen“ wurde eine gute Entwicklung der neuen Länder erwartet (Rose 1994). Im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Transformationsländern standen im deutschen Fall enorme Geldsummen zur Verfügung. Ein Solidaritätspakt wurde ins Leben gerufen, ein erprobtes Institutionensystem konnte übertragen werden, und auch personelle Aufbauhilfe wurde geleistet. Vergleicht man die Nachwendeentwicklung Ostdeutschlands mit der in Tschechien oder Polen, werden die Erfolge dieser umfangreichen Unterstützungsleistungen deutlich.

Die Perspektive „von innen“ liefert ein differenzierteres Bild. Nicht Polen oder Ungarn, sondern der reichere Westen Deutschlands wurde zur Referenzkategorie, wenn es um die Evaluation der Lebensbedingungen und des Wohlbefindens in den neuen Ländern geht. Allgemein ist bekannt, daß sich der Osten in einer schlechten Ausgangslage befand und sich die größer gewordene Bundesrepublik seit 1990 Problemen zu stellen hat, die mit einer starken räumlichen Segmentierung der Lebensbedingungen einhergehen. Die marode Planwirtschaft der DDR mußte zu einer am Markt orientierten, sozialen umgestaltet werden. Daraus resultierten dramatische Umstrukturierungen und Konkurse ostdeutscher Betriebe, verbunden mit massenhaften

Entlassungen, besonders in den frühen neunziger Jahren. Infrastrukturelle Defizite mußten und müssen überwunden werden. Weiterhin stellte sich die nicht unproblematische Aufgabe des Transfers des westdeutschen Rechts- und Institutionensystems auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Doch auch auf einer persönlicheren Ebene traten viele Probleme auf. Am augenscheinlichsten ist der schlechtere Ausstattungsgrad der ostdeutschen Haushalte mit hochwertigen Gebrauchsgütern. Auf einer politischen Ebene mußten sich die Menschen in den neuen Bundesländern in einem neuen System „zurechtfinden“. Arbeitslosigkeit war im Osten vor der Wende ein unbekanntes Phänomen. Nun trat sie in einem dramatischen Ausmaß auf. Haben neue Bundesbürger eine Beschäftigung, verdienen sie auch am Ende der neunziger Jahre für die gleiche Arbeit weniger als im Westen. Weniger Lohn und ein sehr begrenztes Beschäftigungsangebot führten zu einer massenhaften Abwanderung, besonders junger, gut ausgebildeter Menschen in den Westen, die noch bis heute anhält. Alles in allem: die Lebensqualität ist im Osten geringer als in den alten Bundesländern. Sozialwissenschaftler messen dies seit 1990 immer wieder, um die Fortschritte des Vereinigungszieles „Angleichung der Lebensverhältnisse“ empirisch zu validieren. Die Urteile über die Gesamtp Performanz der deutschen Vereinigungsbemühungen gehen dabei auseinander. Manche behaupten, daß sich die Lebensverhältnisse angesichts der schlechten Wirtschaftslage in Ostdeutschland nicht einmal annähernd angeglichen hätten bzw. die soziale und wirtschaftliche Einheit der Bundesrepublik auf der Kippe stünden (vgl.: Thierse 2001, Riedmüller 1994: zusammenfassend: Bulmahn 1997: 30 ff.). Man hört aber auch positive Stimmen. So lassen sich in Deutschland weder Spaltungstendenzen nach tschechoslowakischem Vorbild noch regionale Konflikte, die Größenordnungen ähnlich wie in Italien, Großbritannien oder Frankreich erreichen, ausmachen (Zapf 2001: 500).

Als Tatsache anerkannt ist inzwischen, daß sich die Angleichung ostdeutscher Lebensverhältnisse an westdeutsche Niveaus schwieriger und langwieriger gestaltet, als es in schnellen Wahlversprechen behauptet wurde. Aufschwünge sind im Osten auch zehn Jahre nach der Wende nur auf einigen Gebieten zu beobachten oder regional begrenzt. Was in der empirischen Ost-West-Gegenüberstellung deutlich wird, sind die *durchschnittlichen* Differenzen zwischen zwei geographisch unterscheidbaren Landesteilen, die bis vor kurzem noch zwei getrennte und höchst unterschiedlich gewachsene Staaten waren. Die vorliegende Untersuchung geht einen Schritt weiter. Der Betrachtung durchschnittlicher Bedingungen und deren Perzeptionen werden die Ergebnisse der *Bundesländer* gegenübergestellt. Die Annahme eines homogenen Westens, in dem „alles überall besser“ ist, wird genau so aufgebrochen wie die Annahme des homogenen Ostens. Dadurch wird es möglich zu schauen, ob es Erfolge im Osten gibt, die in einer Gegenüberstellung von elf gegenüber fünf Bundesländern¹ angesichts der größer ausfallenden Vergleichsschere verschwinden.

¹ Berlin wird wenn möglich in der Unterscheidung Ostberlin vs. Westberlin ausgewiesen, wogegen das Saarland in den Wohlfahrtssurveys zusammen mit Rheinland-Pfalz erhoben wurde. Dadurch ergeben sich im folgenden bis zu 16 Vergleichseinheiten.

Mit 25 ausgewählten Indikatoren aus vier Lebensbereichen wird ein Atlas der Lebensqualität innerhalb der Bundesrepublik gezeichnet. Dabei wird auch betrachtet, ob innerhalb des Westens Differenzen auftreten, die ähnliche Ausmaße erreichen wie Abstände zwischen Ost und West.

Angesichts weltweiter wirtschaftlicher Probleme, verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit auch in den alten Bundesländern und einem verstärkten regionalen Wettbewerb, zeigt eine Analyse zweier Zeitpunkte – 1993 und 1998 – Entwicklungen der Lebensbedingungen und des Wohlbefindens auf. Es wird besonders darauf geachtet, ob sich Tendenzen der zunehmenden Diversifizierung der Bundesländer beobachten lassen. Hier wird der (Miß)erfolg des Zusammenspiels von Bundes- und Landespolitik sichtbar.

Weiterhin wird auf Stadt-Land-Unterschiede getestet. Diese sind für viele moderne Gesellschaften trotz aller gegenteiligen legislativen Bemühungen typisch. Wie stellt sich der deutsche Fall dar?

Und schließlich: wie sind innerdeutsche Differenzen angesichts der Unterschiede in anderen Staaten zu bewerten? Eine Analyse ausgewählter europäischer Länder wird auch diese Frage beantworten.

2 Warum die Länder?

Der politisch-strukturelle Aufbau der Bundesrepublik ist ein föderativer. Das in der heutigen Form seit 1949 erprobte Zusammenspiel von Landes- und Bundespolitik hat sich in mehrfacher Hinsicht bewährt. Die starke Stellung der Bundesländer wird jedoch häufig unterschätzt. Dabei besitzen die Länder Macht (Bundesrat) und Kompetenzen (vertikale Gewaltenteilung). Sie haben die Funktion, kulturelle, religiöse, historische, ethnische, wirtschaftliche und infrastrukturelle Besonderheiten in einen größeren „VerBund“ zu integrieren (Andersen 1993: 80). Dies ist keine leichte Aufgabe, denn die strukturelle Vielfalt der Bundesländer ist auch unterhalb der Ost-West-Trennung bemerkenswert. In der alten Bundesrepublik mündeten 40 Jahre föderativer Politik in mehr oder weniger gleichwertige Lebensbedingungen. Trotz unterschiedlicher Größe, Bevölkerungszahlen, Geburtenraten, aber auch struktureller Voraussetzungen wie etwa Vorkommen von Bodenschätzen oder das Vorhandensein für Landwirtschaft geeigneter Anbauflächen ist es gelungen, die wirtschaftliche und soziale Einheit dauerhaft zu sichern. Der Länderfinanzausgleich ist das wahrscheinlich wichtigste und trotz mehrmaliger Reformanträge erfolgreichste Instrument, den Wettstreit, in den sich die einzelnen Bundesländer von unterschiedlichen Startpositionen aus begaben, durch finanzielle Umverteilung zu regulieren. Ein hohes Niveau der Lebensqualität für die

Menschen ließ sich durch diese Eingriffe selbst im ärmsten oder wirtschaftsschwächsten Bundesland aufrecht erhalten und ausbauen. Der „Output“ der Wohlfahrtsgesellschaft Deutschlands wurde aufgeteilt und dadurch der wirtschaftliche und soziale Ausgleich innerhalb der Bundesrepublik vorgenommen.

Nach der deutschen Vereinigung ist dies nicht mehr durch die bisher erprobten Mechanismen erreichbar. „Das prekäre „Gleichgewicht“ der föderativen Finanzbeziehungen ist durch die ‚improvisierte Vereinigung‘ (Lehmbruch) fundamental herausgefordert und erheblich umgestaltet worden“ (Mäding 1993: 404). Der Länderfinanzausgleich allein kann diese riesige Aufgabe der Integration der neuen Bundesländer nicht leisten. Zu dem ohnehin bestehenden Verteilungskonflikt zwischen den Einzahler- und den Empfängerländern kam der neue Konflikt zwischen Altempfängerländern und den neuen Bundesländern, die allesamt Empfängerländer sind. Die notwendigen Aufwendungen für eine Angleichung der Strukturen in Ost und West und den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft wurden deshalb gesondert geregelt.

Ebenfalls waren die Mechanismen zur Abfederung sozialer Risiken und Härten auf der Individualebene (z. B. Sozialleistungen) nicht dazu erschaffen worden, flächendeckend die potentiell stärker von Risiken betroffenen Menschen in den neuen Bundesländern zu subventionieren. Auch Sonderprogramme (z. B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) brachten nicht die erhofften Erfolge. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung ist dagegen stark auf eine wachsende „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ orientiert (vgl.: Andersen 1993: 83). Doch gerade die Unterschiedlichkeit der Bundesländer und Regionen ist ein Merkmal des deutschen Föderalismus und ein „Motor“ für Entwicklung und Innovation. Vorteile zu nutzen und Nachteile abzubauen ist neben den Regulationsbemühungen des Bundes vor allem Sache der Länder. Hier gilt es, die Initiative zu ergreifen. In einigen alten Bundesländern gelingt dies beispielhaft. Doch auch jedes einzelne der neuen Bundesländer muß nach großzügigen Willkommensgeschenken zunehmend seinen Beitrag zur weitergehenden Modernisierung (Zapf 2001) der Bundesrepublik leisten.

Ein weiterer Aspekt, der für eine Betrachtung der Bundesländer spricht, ist die Verbundenheit der Menschen mit ihrer Region. Auch wenn diese unterschiedlich stark ausgeprägt sein mag, sind die Länder mehr als nur eine „ordnende Verwaltungseinheit“. Das Bundesland, in dem ein Bürger lebt, ist Kontextgröße und Bezugsrahmen. Ministerpräsidenten werden zu Landesvaterfiguren. Neugliederungen der Länder wurden immer wieder abgelehnt. Heimatvereine bewahren regionenspezifische Besonderheiten. Die Bürger sind also mit „ihrem Land“ zu einem gewissen Maße mental verbunden. Auf diese Idee stützt sich das Konzept des „Europas der Regionen“. Die Länder, Departements oder Provinzen sind die Elemente, die zunehmend zwischen den Menschen und ihrer, nun immer größer und vernetzter werdenden sozialen Umwelt vermitteln. „The establishment of the Committee of the Regions (COR) by the Maastricht Treaty was an official response to local and regional authorities' demand for representation within the European Union“ (COR 2001). Die Kompetenzen des COR

erstrecken sich u. a. auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dessen Ziel die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der Europäischen Union und der Abbau der Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen Regionen und sozialen Gruppen ist - wenn man so will - ein europäischer Finanzausgleich.

3 Sozialindikatoren und Konzepte der Lebensqualität

Wenn man das Ziel der Angleichung und stetigen Verbesserung der Lebensbedingungen für alle Menschen ernst nimmt, dann benötigt man geeignete Meßinstrumente, sogenannte Sozialindikatoren, um die Situation, in der sich eine Gesellschaft befindet, zu beobachten und die Veränderungen messen zu können.

Relevanz erlangen soziale Indikatoren durch ihr empirisch fundiertes Evaluations- und Erklärungsvermögen: „...social indicators are a parsimonious set of specific indices covering a broad range of social concerns. Their purpose is to yield a concrete, comprehensive picture of individual living conditions that can be easily understood by the general public” (Vogel 1997: 105). Die klassische Definition ist älter und stammt von Raymond Bauer (1966:1): “Social indicators are statistics, statistical series, and all other forms of evidence that enable us to assess where we stand and are going with respect to our values and goals.” Er wies bereits früh darauf hin, daß sich die sogenannten „Sozialen Reports“, das beliebteste Format zur Präsentation mit Hilfe sozialer Indikatoren gewonnener Informationen, zu den wichtigen Gegenpolen der ökonomischen Diskussionen entwickelt haben und diese sinnvoll ergänzen (Bauer 1966: xiii). Besonders wichtige Ausprägungen der Lebensbedingungen und deren Bewertungen werden identifiziert, „stellvertretend“ für einen gesamten Lebensbereich analysiert, und lassen so Schlüsse auf die tatsächliche Situation zu.

Doch was sind die von Bauer angesprochenen values and goals? In erster Linie geht es dem modernen Wohlfahrtsstaat um die Schaffung von Voraussetzungen für gute Lebensverhältnisse breiter Schichten. Was genau sind jedoch gute Lebensverhältnisse, wodurch wird Wohlbefinden determiniert? Das Konzept der Lebensqualität bietet einen hilfreichen Rahmen.

Die Steigerung der Wirtschaftskraft einer Gesellschaft und damit deren Wohlstandszugewinne galt bis in die sechziger Jahre als weitgehend unumstrittenes gesellschaftliches Entwicklungsziel (Noll 2000: 5). Bis in die Nachkriegszeit wurden gute Lebensbedingungen allgemein mit einer florierenden Volkswirtschaft gleichgesetzt. Die Verbesserung der Lebensbedingungen wäre also allein durch Wirtschaftswachstum determiniert. Der Begriff der “Lebensqualität” (quality of life) wurde, wie H.-H. Noll recherchierte, schon 1920 durch Artur Cecil Pigou verwandt. Bei

Pigou (1978) werden durch diesen Begriff „nichtökonomische Wohlfahrtsaspekte“ beschrieben. Immer wieder wurde das Lebensqualitätskonzept um spezifische Aspekte erweitert und ergänzt. Auf der globalen Ebene geht es inzwischen um sustainable development und human development, auf der gesellschaftlichen und/oder individuellen Ebene um liveability, exclusion, social cohesion und civil society. Dieses Paper wird auf ein recht klassisches, aber dennoch breit angelegtes Lebensqualitätskonzept zurückgreifen. Orientiert an Campbell et al. (1976) geht es um Erfüllung im Erwerbsleben, Zugang zur Natur und die Integration in die Gemeinschaft. Das Einkommen bzw. die materielle Stellung, Angst vor und Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, die Qualität der persönlichen Gesundheit, die Stabilität der Familien und der soziale Rückhalt durch Freunde und Bekannte, aber auch öffentliche Sicherheit, all dies sind Einflußfaktoren, die Auswirkungen auf das Glücklichein, auf das Wohlbefinden eines einzelnen haben.

In der praktischen Forschung lassen sich zwei verschiedene, in unterschiedlichen Theorietraditionen stehende Ansätze zur Messung von Lebensqualität unterscheiden. Der skandinavische „level of living“-Ansatz betont mehr die individuelle Möglichkeit des einzelnen, unter gegebenen Umständen Ressourcen zu mobilisieren, die es ermöglichen, die individuellen Lebensbedingungen nach eigenem Gusto zu gestalten. Dabei gelten Bedingungen, die sich der individuellen Kontrolle entziehen, als Determinanten (vgl.: Erikson 1974, zusammenfassend: Noll 2000). „Well-being“ wird dann erreicht, wenn die Konstellation von Ressourcen und Determinanten günstig ist. Dieser Ansatz begründet sich auf der Annahme, daß nur objektive Bedingungen des Lebens durch Politik gestaltbar sind, Glück und Zufriedenheit dagegen nicht.

Das amerikanische „quality of life“-Konzept betont hingegen das individuelle Wohlbefinden, welches durch die subjektive Wahrnehmung des "Lebens" bestimmt wird: „...the only defensible definition of quality of life is a general feeling of happiness“ (Milbrath 1978, zitiert in Noll 2000: 7). Über Vorzüge und blinde Flecke beider Ansätze wurde in der Vergangenheit an anderer Stelle diskutiert (zusammenfassend: Noll 2000).

Inzwischen zielen mehrere angewandte Forschungstraditionen auf die individuelle, aus objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden zusammengesetzte Lebenssituation ab. Wolfgang Zapf definiert als Lebensqualität „...gute Lebensbedingungen, die mit einem positiven subjektiven Wohlbefinden zusammengehen“ (Zapf 1984: 23). Hier werden objektive und subjektive Komponenten einander systematisch gegenübergestellt. So kann nicht nur evaluiert werden, was die Menschen „haben“, sondern auch, wie sie sich dabei (im selbstgewählten Vergleich zu relevanten Bezugsgruppen) „fühlen“. Es geht sowohl um die *er-* als auch um die *gelebte* Wohlfahrt der Menschen. Der Befragte selbst wird zum Schiedsrichter der eigenen Lage gemacht. „Lebensqualität muß letztendlich vom Betroffenen wahrgenommen werden“ (Campbell 1972: 442).

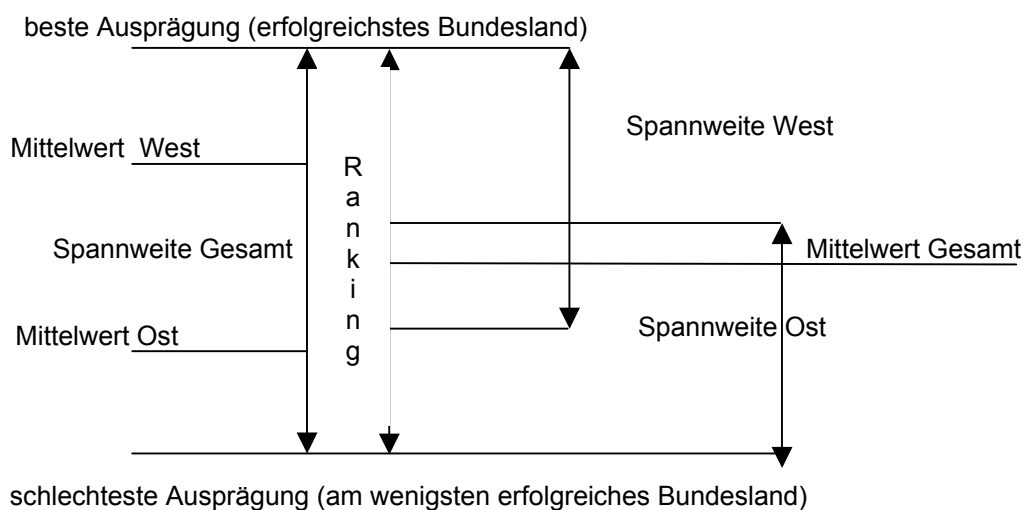
Ein die beiden „Pole“ der empirischen Lebensqualitätsforschung verschmelzender Ansatz wird auch im folgenden verwendet. Die Auswahl der betrachteten 25 Indikatoren folgt einem einfachen Lebensbereichskonzept (siehe Tabelle 1). Die Einzelbereiche des Lebens werden in vier Ebenen aufgliedert: die materielle, die individuelle, die kollektive und die globale Ebene. Dabei werden sowohl die individuelle als auch die gesellschaftliche Dimension abgedeckt.

Tab. 1: Die betrachteten Lebensbereiche

Objektive Lebensbedingungen	Subjektives Wohlbefinden
<u>Materielle Lebensbereiche</u>	
<ul style="list-style-type: none"> • Einkommen der Haushalte • Ausstattung der Haushalte mit hochwertigen Gebrauchsgütern • Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 	<ul style="list-style-type: none"> • Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen • Zufriedenheit mit dem Lebensstandard
<u>Persönliche und soziale Lebensbereiche</u>	
<ul style="list-style-type: none"> • Soziale Beziehungen und Integration • Erwerbsbeteiligung • Gesundheitszustand 	<ul style="list-style-type: none"> • Zufriedenheit mit dem Familienleben • Einschätzung der Sicherheit des eigenen Erwerbsstatus • Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz • Zufriedenheit mit der Gesundheit
<u>Öffentliche Lebensbereiche/Problemwahrnehmung</u>	
<ul style="list-style-type: none"> • Kriminalität • Politische Partizipation • Gesellschaftliche Partizipation 	<ul style="list-style-type: none"> • Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit • Zufriedenheit mit der politischen Partizipation • Bewertung der Konflikthaftigkeit der inneren Einheit
<u>Globalmaße des Wohlbefindens/Zukunftserwartungen</u>	
<ul style="list-style-type: none"> • Anomische Reaktionen (als quasi-objektiver Indikator) 	<ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Lebenszufriedenheit • Glück • Einschätzung der derzeitigen Lebensbedingungen • Einschätzung der Lebensbedingungen in fünf Jahren • Zukunftsoptimismus
eigene Darstellung	

Als Datenbasen dienen die Sammlungen des Statistischen Bundesamtes, die Wohlfahrtssurveys 1993 und 1998 sowie die polizeiliche Kriminalstatistik. Für den europäischen Vergleich wurden auch Daten des Tabellenbandes des Zweiten Berichtes über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa (genauere Angaben: siehe Einzeltabellen) herangezogen. Soweit möglich wurden alle Indikatoren zu zwei Zeitpunkten – 1993 und 1998 – analysiert. Zur Anwendung kommt dabei das folgende Modell.

Abb. 1: Modell zur Betrachtung der Indikatoren



eigene Darstellung

Die Mittelwerte, d. h. die durchschnittlichen Bedingungen oder Bewertungen des Lebens für Ost- und Westdeutschland sind das Abbild zweier recht grob zugeschnittener Gruppen. Die tatsächlichen Bedingungen in den einzelnen Bundesländern fallen differenter als der Ländergruppendurchschnitt aus und weichen von diesem nach unten oder oben ab. Demnach kann es zu Überschneidungen zwischen einigen neuen und alten Bundesländern kommen, selbst wenn die Ost-West-Durchschnittswerte weit auseinander liegen. Im Zeitvergleich kann der entgegengesetzte Fall auftreten. Während sich die Ost-West-Durchschnitte annähern, können die einzelnen Bundesländer verschiedene Entwicklungsrichtungen annehmen.

Wie stellt sich die Situation in Deutschland dar? Im ersten Schritt wird die Situation in Ost und West zu zwei Zeitpunkten betrachtet. Wie wirkten die vielfältigen Bemühungen des Aufbau Ost? Kam es im Verlauf von fünf Jahren zu Annäherungen der Lebensbedingungen zwischen Ost und West? Geschah dies durch ein Aufholen Ostdeutschlands, ohne daß der Westen Einbußen in der Lebensqualität hinnehmen mußte?

Der zweite Schritt betrachtet die Bundesländer. Welche Länder sind besonders erfolgreich, welche nicht? Wie entwickelten sich die Länder über die Zeit? Ist zu beiden Zeitpunkten die Lebensqualität in allen neuen Bundesländern schlechter als die in allen alten, wie es schlechtere Durchschnittswerte für Ostdeutschland suggerieren könnten? Weiterhin werden die Spannweiten betrachtet. Wie groß sind diese zwischen den Bundesländern? Und wie entwickeln sich diese über die Zeit?

Mit der statistischen Prozedur der Clusterzentrenanalyse wird im dritten Schritt versucht, die deutschen Bundesländer anhand von Differenzen und Ähnlichkeiten in Gruppen einzuteilen. Welche Bundesländer weisen eine ähnliche Lebensqualität auf? Sind in dieser zusammenfassenden Bewertung einige ostdeutsche Bundesländer einigen der alten ähnlich?

Der vierte Analyseschritt betrachtet Differenzen zwischen Stadt und Land. Wo treten Unterschiede auf? Wie sind diese zu bewerten?

Der letzte Schritt stellt die deutschen Differenzen und Entwicklungen denen in anderen europäischen Ländern gegenüber. Dadurch gewinnt man einen Bewertungsmaßstab. Wie groß sind innerdeutsche Differenzen vergleichsweise? Wie entwickeln sich Differenzen in anderen Ländern? Besteht Grund zur Sorge, oder ist das deutsche Ausmaß der Unterschiedlichkeit auch in anderen modernen westlichen Staaten zu finden?

4 Die Lebensqualität der Deutschen in Ost und West und in den Bundesländern

4.1 Der materielle Lebensbereich

Die materielle Ebene betrifft die Individuen und die Gesellschaft gleichermaßen. Sie behandelt, was die Menschen verdienen, sich leisten und wie zufrieden sie dabei sind. Auf einer anderen Seite beschreibt sie die Rahmenbedingungen, denen die Menschen ausgesetzt sind, wenn es um die Höhe des Einkommens geht und damit die Qualität der Ausstattung beeinflussen. Das Bruttoinlandsprodukt gilt als Makroindikator der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer sozialen Einheit (Bundesland). Das Einkommen, zugleich Output einer erwerbsorientierten Gesellschaft als auch Voraussetzung für die Realisierung eines angemessenen Lebensstandards, ist die Verbindung zur individuellen Dimension.

Lebensbereich	BIP/Kopf in DM		Monatl. Haushaltsnettoeinkommen		Anteil Fabrikneue zugelassener KFZ am Gesamtbestand		Kann ich mir nicht leisten		Zufriedenheit mit dem Haushaltsein-kommen		Zufriedenheit mit dem Lebensstandard	
	1993	1998	1993	1998	1993	1999	1998	von 22:	1993	1998	1993	1998
Berlin Ost	40369	45627	3433	4031	8,0	7,0	3,4	5,6	6,4	6,4	6,4	6,9
Berlin West	40369	45627	4150	4335	8,0	7	3,1	6,1	6,6	6,8	6,8	7,1
Brandenburg	21732	30116	3462	4235	9,9	7,0	2,7	5,7	6,3	6,3	6,3	7,0
Baden-Württemberg	44984	52488	4999	5679	7,2	8,9	2,5	7,2	6,6	7,6	7,6	7,1
Bayern	44948	53284	5176	5951	8,3	9,7	2,1	7,3	7,0	7,4	7,4	7,5
Bremen	53480	62608	4247	4553	7,8	10,3	0,8	7,1	7,2	7,0	7,0	7,5
Hessen	52150	58536	5089	5623	9,2	10,6	2,1	7,1	7,5	7,4	7,4	7,7
Hamburg	72284	86022	4509	4703	8,6	18,0	2,7	7,1	8,1	7,9	7,9	8,0
Mecklenburg-Vorpommern	19433	26844	3369	3936	10,1	7,6	3,0	5,7	5,9	6,2	6,2	6,3
Niedersachsen	36968	42204	4659	5079	8,7	9,2	2,3	6,9	6,4	7,3	7,3	7,1
Nordrhein-Westfalen	40299	46012	4686	5078	7,5	8,3	2,4	7,1	7,0	7,5	7,5	7,3
Rheinland-Pfalz	35786	40045	4655	5330	6,8	8,9	2,0	7,1	7,8	7,6	7,6	8,0
Schleswig-Holstein	37086	42401	4748	5233	7,5	7,7	2,0	6,6	7,3	7,2	7,2	7,6
Saarland	36544	42414	4558	4914	7,0	8,5	2,0	7,1	7,8	7,6	7,6	8,0
Sachsen	20128	27814	3268	4001	10,8	8,2	2,7	5,9	6,0	6,5	6,5	6,7
Sachsen-Anhalt	20029	26554	3350	3999	10,3	8,0	3,8	5,9	5,6	6,5	6,5	6,3
Thüringen	19346	26911	3338	4159	10,1	8,2	3,5	5,5	6,3	5,8	5,8	6,8
Deutschland	37223	45814	4400	5107	8,2	9,0	2,5	6,8	6,8	7,2	7,2	7,2
Alte Bundesländer	43257	49859	4820	5345	8,0	9,3	2,3	7,1	7,0	7,5	7,5	7,4
Neue Bundesländer	20165	27713	3351	4059	10,3	7,9	3,1	5,8	6,0	6,3	6,3	6,7
Stadt	51163	59476	4117	4404	8,2	11,0	2,5	6,6	6,7	7,1	7,1	7,2
Land	38024	44777	4584	5173	8,0	8,9	2,4	6,9	6,9	7,3	7,3	7,3
Anmerkungen	1,5,6	1,5,6	5,6	5,6	1	1	2,3,4	2,3,4,7	2,3,4,7	2,3,4,7	2,3,4,7	2,3,4,7
Daten	Statistische Jahrbücher, eigene Berechnungen		Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, eigene Berechnungen		Statistische Mittelungen des Kraftfahrzeug-Bundesamtes, eigene Berechnungen		Wohlfahrtsurveys der Jahre 1993 und 1998, eigene Berechnungen					
1) Berlin Ost = Berlin West	3) Stadt = mehr als 100.000 Einwohner		5) Stadt = die Summe der drei Stadtstaaten, bevölkerungsgewichtet		7) Skala 0 (schlechteste Bedingung) –10 (beste Bedingung)							
2) Rheinland-Pfalz = Saarland	4) Land = weniger als 100.000 Einwohner		6) Land = die Summe der Flächenländer, bevölkerungsgewichtet									

Bei der Betrachtung dieses Lebensbereiches läßt sich feststellen, daß Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland in allen getesteten Indikatoren zu beiden Zeitpunkten schlechter abschneidet. Die Ausnahme hiervon bildet die Ausstattung mit fabrikneu zugelassenen Pkw im Jahr 1993. Mobil zu sein, ist heute wichtiger denn je. Hier wurde der im Osten eklatante Ausstattungsrückstand schnell beseitigt.

Besonders dramatisch, wenn auch nicht verwunderlich, ist der große Ost-West-Abstand in der wirtschaftlichen Leistungskraft (Bruttoinlandsprodukt). Zum Zeitpunkt der Wende, so schätzt Meinhard Miegel (zitiert in Mau 1996), war das durchschnittliche ostdeutsche pro Kopf BIP etwa so hoch wie das westdeutsche im Jahr 1954. Dies war für die neuen Länder ein bedeutender Startnachteil in den föderativen Wettbewerb. 1993 erreicht der Osten ca. 47% der durchschnittlichen Wirtschaftsleistung der alten Bundesländer. Auch die Haushaltseinkommen befinden sich auf dramatisch niedrigerem Niveau (ca. 69% des West-Durchschnitts). Die im Osten signifikant niedrigeren Zufriedenheiten mit dem Einkommen und dem Lebensstandard spiegeln das Bild schlechterer Lebensbedingungen auf der subjektiven Ebene. Über Nacht wurde das Wohlstandsgefälle zweier unterschiedlicher Staaten zu einem Wohlstandsgefälle innerhalb einer Gesellschaft gemacht.

Bis zum Ende der neunziger Jahre hat der Osten in allen getesteten Indikatoren deutlich aufgeholt. Das Bruttoinlandsprodukt beträgt 1998 ca. 56% des westdeutschen und die Haushaltseinkommen stiegen auf durchschnittlich 76%. Auch die subjektiven Einschätzungen näherten sich an, jedoch aus zwei Richtungen. Während man im Osten durchschnittlich zufriedener als 1993 ist, sanken die westdeutschen Durchschnittswerte. Eine Analyse der einzelnen Bundesländer zeigt zum Beginn der neunziger Jahre in allen verwendeten Indikatoren eine deutliche und charakteristische Platzierung aller neuen Bundesländer am unteren Ende des Rankings. Die ostdeutschen Haushaltsnettoeinkommen haben 1993 ein Niveau zwischen 67% (Sachsen) und 71% (Brandenburg) des Westdurchschnitts. In den alten Bundesländern bilden Bayern und Berlin West die Eckpunkte. Man ist in allen neuen Bundesländern sowohl mit dem Einkommen als auch dem Lebensstandard deutlich unzufriedener als im Westen, am unzufriedensten in Thüringen. Aber auch die Menschen in Berlin West und Schleswig-Holstein kommen zu vergleichsweise negativen Einschätzungen ihres Lebensstandards. Besonders zufrieden ist man dagegen in Baden-Württemberg. In der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit können neben den westdeutschen Stadtstaaten Hessen, Bayern und Baden-Württemberg besonders gute Ergebnisse verbuchen.

Bis zum Jahr 1998 hat sich an den relativ schlechteren materiellen Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern trotz deutlicher Verbesserungen nichts geändert. Ein nachweisbarer Entwicklungsschub führte zu mehr Lebensqualität, besonders im Osten, jedoch nicht zur vollständigen Assimilation der neuen Bundesländer in das gesamtdeutsche Gefüge. Eine für die Menschen besonders wichtige Entwicklung ist die Steigerung der Nettoeinkommen in allen Bundesländern und damit auch im

gesamtdeutschen Durchschnitt.² Berlin West und Brandenburg sind sich in der Höhe der Einkommen sogar sehr nahe gekommen. Hier gelang neben Thüringen die größte Steigerung. Betrachtet man die Ausstattung der Haushalte acht Jahre nach der Vereinigung, erfährt man, daß man sich in Hamburg durchschnittlich eine größere Anzahl von 22 abgefragten Dingen/Aktivitäten aus finanziellen Gründen nicht leistet als in Brandenburg und Sachsen. Auch in Berlin West ist die Anzahl der fehlenden Dinge immer noch höher als in Mecklenburg-Vorpommern. Trotz geringerer finanzieller Ressourcen kam es offensichtlich zu einem breiten nachholenden Konsum im Osten. Die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen ist 1998 in Berlin Ost höher als in Niedersachsen. Dagegen weist keines der neuen Länder eine höhere Zufriedenheit mit dem Lebensstandard auf als eines der alten. Auch hier hat Niedersachsen die geringste Zufriedenheit der alten Länder. Die Menschen in Hamburg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland sowie Hessen sind dagegen sowohl mit ihren Einkommen als auch mit ihrem Lebensstandard hoch zufrieden. Wirtschaftsstärkstes neues Bundesland ist 1998 wie 1993 Brandenburg, dagegen sind Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die wirtschaftsschwächsten. Von den alten Bundesländern hat besonders Hamburg seine Leistungsfähigkeit ausgebaut. Trotz der besonders in den neuen Bundesländern deutlichen Verbesserungen der Niveaus und Perzeptionen im materiellen Lebensbereich beherrscht die tendenzielle Ost-West-Einteilung nach wie vor das Bild im Bundesländerranking.

Bei der Betrachtung regionaler Differenzen innerhalb Ost- bzw. Westdeutschlands lassen sich teilweise große Differenzen innerhalb Westdeutschlands aufzeigen. So ist das BIP pro Kopf besonders in den westdeutschen Stadtstaaten hoch, Hamburgs Wirtschaftskraft mehr als doppelt so groß wie die von Rheinland-Pfalz. Dieser Abstand ist größer als der durchschnittliche zwischen Ost und West. Betrachtet man nur Flächenländer, ist die Leistungsfähigkeit Hessens immer noch ca. 30% größer als die des schwächsten westdeutschen Bundeslandes. Innerhalb der neuen Bundesländer (ohne Ostberlin) betragen die Abstände nur ca. 10-12%, wenngleich auf bedeutend niedrigerem Gesamtniveau. 1993 verdient man in Bayern 20% mehr als in Westberlin, 1998 sogar 27% mehr. Zwischen den neuen Bundesländern macht dieser Unterschied dagegen nur 6-7% aus.

Über die Zeit ist die Differenzspannweite zwischen den Bundesländern in allen Indikatoren bis auf die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard größer geworden, besonders im Westen. Dies ist ein Indiz dafür, daß es sowohl im Westen als auch im Osten Bundesländer gibt, die dem Entwicklungstempo der erfolgreicherer nicht standhalten können. Die Betrachtung der Ost-West-Durchschnitte offenbart dagegen konvergente Entwicklungen. Die Politik wird in Zukunft darauf achten müssen, daß die

² Zu beachten ist jedoch ein allgemeiner Preisanstieg, der Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit dem Einkommen hat. Man kann sich letztendlich gegen Ende der neunziger Jahre in Westdeutschland weniger leisten als zum Beginn (vgl. Hauser: 2001).

positive Entwicklung von Durchschnittswerten nicht allein durch die überaus positive Entwicklung einiger Bundesländer zurückzuführen ist.

4.2 Der persönliche Lebensbereich

Auf der zweiten Ebene werden persönliche Beziehungen, soziale Netzwerke, der Gesundheitszustand und die Erwerbsbeteiligung der Menschen analysiert, aber auch die Befürchtung, selbst von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, sowie die Zufriedenheit mit dem Familienleben, mit der Gesundheit und dem Arbeitsplatz spielen eine Rolle.

Auch im persönlichen Lebensbereich liegt 1993 der Ost-Durchschnitt in fast allen Indikatoren niedriger als der der alten Bundesländer. Nur der Gesundheitszustand (regelmäßige Einnahme von Medikamenten) der Ostdeutschen ist durchschnittlich leicht besser. Dies spiegelt sich auch in der Zufriedenheit mit der Gesundheit, hier gibt es 1993 keinen Ost-West-Unterschied auszumachen. Der bedeutendste Ost-West-Abstand im persönlichen Lebensbereich besteht in den Arbeitslosenquoten. Während im Westen ca. 8% der erwerbsfähigen Personen arbeitslos sind, ist der Anteil im Osten mehr als doppelt so hoch.³ Für die Menschen in Ostdeutschland, einer ehemaligen Arbeitsgesellschaft, waren die massenhaften Entlassungen nach der Wende besonders dramatisch. Immer wieder hat deshalb das Arbeitslosigkeitsargument in negativen Vereinigungsbilanzen einen prominenten Stellenwert. Die starke Betroffenheit im Osten zog auch eine verbreitete Befürchtung, in naher Zukunft selbst ohne Arbeit sein zu können, nach sich. Im Vergleich zu Westdeutschland berichten dies 1993 mehr als drei mal so viele Ostdeutsche (24% der Erwerbstätigen). Weiterhin bestehen in den neuen Bundesländern durchschnittlich seltener freundschaftliche Beziehungen außerhalb der Familien. Jene treten im Jahr 1998 im Osten häufiger auf als 1993, im Westen dagegen geringfügig seltener, wodurch sich zum Ende der neunziger Jahre kein Unterschied zwischen Ost und West feststellen läßt. Auch die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist 1998 in beiden Landesteilen gleich hoch, sie stieg wie die Arbeitszufriedenheit v.a. im Osten. Dagegen sank die Zufriedenheit mit der Gesundheit im Osten, und deutlich mehr Menschen nehmen nun regelmäßig Medikamente ein. Besonders negativ ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit in beiden Teilen Deutschlands zu betrachten. Dennoch äußern weniger Menschen als 1993 die Befürchtung, in naher Zukunft selbst von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. Erwerbsverhältnisse sind demzufolge seltener, aber in den Augen der Erwerbstätigen stabiler geworden.

³ Bei Wertungen sollte man allerdings Mentalitätsunterschiede beachten. Westdeutsche Hausfrauen melden sich seltener arbeitslos als Ostdeutsche.

Lebensbereich	Arbeitslosenquote		Ja, ich befürchte arbeitslos zu werden		Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz		Regelmäßig erdie Medikamenten einnehmen		Zufriedenheit mit Gesundheit		Angabe: keine guten Freunde außerhalb der Familie		Zufriedenheit mit dem Familienleben	
	1993	1999	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998
	%	%	% der erwerbs-tätigen Befragten	% der erwerbs-tätigen Befragten	Skalen-punkte	Skalen-punkte	% der Befragten	% der Befragten	Skalen-punkte	Skalen-punkte	% der Befragten	% der Befragten	Skalen-punkte	Skalen-punkte
Berlin Ost	13,7	17,7	20,3	15,4	7,5	6,6	32,0	29,2	7,2	7,0	20,6	12,8	8,1	8,5
Berlin West	12,3	17,7	6,8	9,5	7,2	7,5	39,7	25,6	7,1	7,7	11,2	19,8	8,0	8,6
Brandenburg	15,3	18,7	17,9	21,6	7,1	7,6	24,0	36,2	7,1	7,2	24,0	16,0	8,1	8,7
Baden-Württemberg	6,3	7,3	7,7	6,8	7,9	7,3	29,6	29,6	7,5	7,4	14,1	22,9	8,5	8,3
Bayern	6,4	7,4	5,2	5,1	7,8	7,7	22,7	33,8	7,3	7,4	14,4	11,7	8,6	8,4
Bremen	12,4	15,8	11,6	11,6	8,3	6,6	30,8	33,3	6,7	7,7	1,1	11,1	8,7	8,9
Hessen	7	9,4	4,7	6,7	7,5	7,8	24,4	34,1	7,4	7,5	14,7	10,3	8,3	8,5
Hamburg	8,6	11,7	15,0	10,3	6,7	7,4	22,4	35,9	8,0	7,8	12,6	25,8	8,9	9,0
Mecklenburg-Vorpommern	17,5	19,4	25,0	22,6	7,2	7,6	20,1	37,9	7,5	7,0	15,6	15,4	8,0	8,8
Niedersachsen	9,7	11,5	12,2	10,7	7,9	7,6	34,7	28,4	7,0	7,5	8,6	6,6	8,5	8,4
Nordrhein-Westfalen	9,6	11,2	7,5	5,3	7,7	7,7	26,2	36,7	7,5	7,2	13,5	14,1	8,4	8,7
Rheinland-Pfalz	7,5	9,1	2,3	2,9	7,7	8,3	26,2	21,6	7,0	7,9	16,6	9,0	8,2	8,7
Schleswig-Holstein	8,3	10,6	5,8	14,3	7,6	7,4	32,6	22,3	7,1	7,2	16,7	17,5	9,0	8,7
Saarland	11,2	11,9	2,3	2,9	7,7	8,3	26,2	21,6	7,0	7,9	16,6	9,0	8,2	8,7
Sachsen	14,9	18,6	24,8	18,5	7,2	7,5	33,4	37,6	7,2	6,9	19,6	10,1	8,1	8,3
Sachsen-Anhalt	17,2	21,7	32,9	22,5	7,2	7,4	22,9	34,7	7,5	7,0	21,6	20,0	8,4	8,5
Thüringen	16,3	16,5	21,9	15,8	6,9	7,2	24,5	28,3	7,1	7,3	14,2	16,7	8,1	8,7
Deutschland	9,8	11,7	10,7	9,1	7,6	7,6	27,5	32,2	7,3	7,4	14,6	14,2	8,4	8,5
Alte Bundesländer	8,2	9,9	7,1	6,8	7,7	7,7	27,6	31,7	7,3	7,4	13,4	14,1	8,5	8,5
Neue Bundesländer	15,8	19,0	24,1	19,4	7,2	7,4	26,9	34,6	7,3	7,0	19,4	14,7	8,2	8,5
Stadt	11,6	15,8	10,7	8,7	7,5	7,5	26,3	33,3	7,3	7,4	13,7	15,1	8,3	8,6
Land	9,6	11,4	10,6	9,4	7,6	7,7	28,2	31,6	7,3	7,3	15,3	13,7	8,5	8,5
Anmerkungen	5,6	11,5,6	2,3,4	2,3,4	2,3,4	2,3,4	2,3,4	2,3,4	2,3,4,7	2,3,4,7	2,3,4	2,3,4	2,3,4,7	2,3,4,7
Daten	Statistische Jahrbücher, eigene Berechnungen		Wohlfahrtsurveys der Jahre 1993 und 1998, eigene Berechnungen											

1) Berlin Ost = Berlin West
 2) Rheinland-Pfalz = Saarland
 3) Stadt = mehr als 100.000 Einwohner
 4) Land = weniger als 100.000 Einwohner
 5) Stadt = die Summe der drei Stadtstaaten, bevölkerungsgewichtet
 6) Land = die Summe der Flächenländer, bevölkerungsgewichtet
 7) Skala 0 (schlechteste Bedingung) –10 (beste Bedingung)

Betrachtet man die Arbeitslosenquoten der einzelnen Bundesländer, offenbart sich eine charakteristische Ost-West-Einteilung. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist die Lage besonders schlecht. Baden-Württemberg und Bayern weisen dagegen die niedrigsten Quoten auf. Obwohl Thüringen 1999 die dritthöchste Arbeitslosenquote aller Länder aufweist, ist dieses Bundesland dennoch das erfolgreichste, betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit über die Zeit. Relativ zu 1993 ist die Arbeitslosenquote hier 1999 nur um 1% höher, während Hamburg, Hessen, Berlin und Schleswig-Holstein jeweils relativ (zu 1993) um 30% höhere Quoten aufweisen. In absoluten Zahlen schneiden die neuen Bundesländer jedoch weiterhin schlechter ab als die alten. Auch die Furcht, selbst zukünftig von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, ist in allen neuen Ländern zu beiden Zeitpunkten hoch, aber auch in Baden-Württemberg äußert man sich eher skeptisch. Allerdings zeigt dieser Indikator für die meisten Bundesländer im Zeitvergleich eine gesunkene Befürchtung. Skeptisch was die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes anbelangt sind 1998 im Vergleich der alten Bundesländer vor allem die Arbeitnehmer in den von hohen Steigerungen der Arbeitslosigkeit (von einem mittelmäßigem West-Niveau ausgehend) betroffenen Bundesländer Schleswig-Holstein, Hessen sowie Rheinland-Pfalz/Saarland. Bei der Arbeitszufriedenheit findet man 1993 die neuen Bundesländer eher am unteren Ende des Ranking, allerdings auch Hamburg und Berlin West. Berlin Ost liegt dagegen mit Hessen gleichauf. In Baden-Württemberg, Bayern und besonders in Niedersachsen sind die Arbeitnehmer mit ihrem Arbeitsplatz hoch zufrieden. 1998 berichtet Rheinland-Pfalz mit Abstand die höchste Arbeitszufriedenheit, Berlin Ost mit Abstand die geringste. Alle weiteren neuen Bundesländer haben sich im Mittelfeld in das Zufriedenheitsgefüge der Bundesländer eingereiht. Die Analyse des Gesundheitszustandes offenbart zu beiden Zeitpunkten eine gemischte Platzierung der Bundesländer im Ranking, 1998 befinden sich die neuen Bundesländer jedoch eher am unteren Ende. Die Betrachtung der Zufriedenheit mit der Gesundheit spiegelt diese Befunde. Ein Absinken des Niveaus ist aber auch in einigen alten Bundesländern zu beobachten, besonders in Nordrhein-Westfalen.

Im Indikator der freundschaftlichen Beziehungen außerhalb der eigenen Familie kam es über die Zeit zu Verschiebungen im Bundesländerranking. Die Länder mit ehemals geringen Anteilen an Menschen ohne Freunde (Berlin West, Baden-Württemberg, Hamburg) weisen nun vergleichsweise hohe Anteile auf. Dagegen verbesserte sich die Situation besonders in Sachsen, Berlin Ost und Brandenburg. Eine charakteristische Ost-West-Einteilung läßt sich zu keinem Zeitpunkt nachweisen. In der Zufriedenheit mit dem Familienleben kam es in vier westdeutschen Bundesländern zu geringen Absenkungen des Zufriedenheitsniveaus, wohingegen die Menschen besonders in Ostdeutschland und Berlin West am Ende der neunziger Jahre zufriedener sind. Betrachtet man das Bundesländerranking, so wird deutlich, daß 1993 der Osten bis auf Sachsen-Anhalt die Gruppe der Unzufriedeneren bildet. 1998 sind die Rangplätze

gemischt. Die einzelnen Bundesländer weichen um maximal 0,5 Skalenpunkte (nach unten oder oben) vom Gesamtdurchschnitt ab.

Im persönlichen Lebensbereich kann man eine gemischte Bilanz ziehen. Anders als im materiellen Lebensbereich kam es nicht nur zu einer Annäherung von Ost und West in den meisten Indikatoren, sondern vor allem zu mehr Gleichheit zwischen den Bundesländern. Dennoch, die Ausnahmen sind deutlich. In einigen Indikatoren verschlechterten sich die Bedingungen und Bewertungen im Ost-, West- und im Gesamtdurchschnitt. Die Arbeitslosigkeit stieg in allen Bundesländern. Dies geschah in unterschiedlichem Ausmaß, so daß die Erwerbsarbeit zwischen den Bundesländern 1998 ungleicher als 1993 verteilt ist. Es ist nur einigen Ländern gelungen, die Steigerungen der Arbeitslosenquoten niedrig zu halten, vor allem Thüringen. Im gesundheitlichen Bereich kam es zu gegensätzlichen Entwicklungen in Ost und West, jedoch nicht zwischen den Bundesländern. Dies bedeutet, daß mehr Menschen Medikamente einnehmen und die Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit durchschnittlich geringer geworden ist. Jedoch verschlechterte sich die Situation in den Ländern, in denen 1993 besonders negative Ergebnisse zu beobachten sind, nicht überdurchschnittlich.

4.3 Der öffentliche Lebensbereich

Die kollektive Ebene beschreibt die Situation der Menschen in ihrer Gemeinschaft. Eine Demokratie lebt von der Beteiligung ihrer Bürger. Die allgemeinste Form der Beteiligung der Menschen am politischen Leben stellt die Wahl dar. Das Ausmaß der politischen und sozialen Partizipation läßt Schlüsse auf die Kohäsions- und Integrationsleistungen einer Gesellschaft zu. Auch die öffentliche Sicherheit als Spiegel nicht normgerechten Verhaltens stellt einen von den Bürgern sehr ernst genommenen Bereich der vom Staat zu erbringenden Leistungen dar: Läßt man die Menschen die im Wohlfahrtssurvey abgefragten Lebensbereiche hierarchisieren, so rangiert der Schutz vor Kriminalität weit oben. Zugleich sind die Menschen mit der öffentlichen Sicherheit wenig zufrieden.

In allen getesteten Indikatoren des öffentlichen Lebensbereiches sind die Bedingungen und Bewertungen zu beiden Zeitpunkten im Osten durchschnittlich negativer als im Westen. Die Abstände sind deutlich. In Ostdeutschland herrscht durchschnittlich mehr Kriminalität als in den alten Bundesländern und man ist mit der öffentlichen Sicherheit weniger zufrieden. Die Wahlbeteiligung der neuen Bundesbürger ist sowohl 1990 als auch 1998 geringer, und man kommt bei der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Betätigung zu schlechteren Ergebnissen. Die neuen Bundesbürger mußten lernen, sich im neuen politischen System zu bewegen.

Lebensbereich	Gesamtzahl Kriminalität		Wahlbeteiligung		Anteil der Befragten, ohne Mitgliedschaft		Anteil der Befragten, der Konflikte zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen sieht		Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit		Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Betätigung	
	1993	1998	1990	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998
			%	%	% der Befragten	% der Befragten	% der Befragten	% der Befragten	Skalenpunkte	Skalenpunkte	Skalenpunkte	Skalenpunkte
Berlin Ost	16325	17121	80,6	81,1	46,0	62	75,7	57,8	3,4	5,5	4,6	5,8
Berlin West	16325	17121	80,6	81,1	46,0	73	61,3	66,3	4,2	5,5	5,1	6,0
Brandenburg	12901	10809	73,8	78,1	62,0	64	62,6	45,7	3,8	5,4	4,9	6,2
Baden-Württemberg	6103	5553	77,4	83,1	43,0	37	51,6	36,7	5,4	6,2	5,4	5,4
Bayern	5690	5701	74,4	79,2	43,0	40	50,6	39,6	5,4	6,5	5,1	5,5
Bremen	16111	13278	76,5	82,1	64,0	54	41,9	59,3	3,3	5,0	4,7	4,8
Hessen	8348	7409	81,1	84,2	45,0	38	51,9	34,9	4,8	5,5	5,3	6,1
Hamburg	16841	16650	78,2	81,1	48,0	48	39,2	33,8	4,6	5,8	5,6	5,6
Mecklenburg-Vorpommern	13794	11255	70,9	79,4	67,0	68	71,3	67,2	2,9	5,2	4,0	5,0
Niedersachsen	8580	7238	80,6	83,9	45,0	46	49,4	34,3	4,7	5,7	5,1	5,9
Nordrhein-Westfalen	7791	7409	78,7	83,9	46,0	46	50,2	38,4	5,1	5,7	5,2	5,9
Rheinland-Pfalz	6085	6539	81,7	83,9	37,0	41	50,2	49,7	4,9	6,4	4,9	5,8
Schleswig-Holstein	10153	9087	78,6	82,4	40,0	43	40,6	30,1	4,4	5,6	5,6	6,5
Saarland	6267	6021	85,1	84,8	37	41	50,2	49,7	4,9	6,4	4,9	5,8
Sachsen	7639	8103	76,2	81,6	44,0	55	52,7	51,2	3,7	5,1	4,5	5,4
Sachsen-Anhalt	10801	10571	72,2	77,1	56,0	65	55,8	67,3	3,6	4,3	4,4	5,0
Thüringen	6322	6997	76,4	82,3	50,0	65	62,2	63,0	3,6	5,1	4,5	5,4
Deutschland	8337	7869	77,8	82,2	46,0	47	52,2	42,5	4,7	5,8	5,1	5,7
Alte Bundesländer	8032	7576	78,4	82,8	44	43	50,1	39,0	5,0	6,0	5,2	5,8
Neue Bundesländer	9748	9281	74,4	79,9	53	62	60,4	57,6	3,6	5,1	4,5	5,5
Stadt	12390	12095	79,4	81,2	50	50	51,6	44,8	4,5	5,7	5,1	5,8
Land	6328	5897	77,6	82,3	43	45	52,6	41,2	4,9	5,8	5,0	5,7
Anmerkungen	1	1	1,5,6	1,5,6	2,3,4	2,3,4	2,3,4	2,3,4	2,3,4,7	2,3,4,7	2,3,4,7	2,3,4,7
Daten	Polizeiliche Kriminalstatistik											
	Statistische Jahrbücher, eigene Berechnungen											
	Wohnfahrtsurveys der Jahre 1993 und 1998, eigene Berechnungen											
1) Berlin Ost = Berlin West	3) Stadt = die Summe der drei Stadtstaaten, Bevölkerungsgewicht 5) Stadt = die schlechteste Bedingung) -10 (beste Bedingung)											
2) Rheinland-Pfalz = Saarland	4) Land = weniger als 100.000 Einwohner 6) Land = die Summe der Flächenländer, Bevölkerungsgewicht											

47% der Ostdeutschen sind in Vereinen organisiert, dagegen nehmen 56% der Westdeutschen deren Organisations- und Dienstleistungen in Anspruch oder lassen ihre Interessen durch sie vertreten. Zwei von drei Befragten in den neuen Bundesländern sehen 1993 Konflikte zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen, dagegen nur jeder zweite im Westen.

Im Zeitvergleich haben sich die Bedingungen und Bewertungen im öffentlichen Lebensbereich bis auf das Engagement in Vereinen in allen Indikatoren verbessert. Die Wahlbeteiligung stieg und das Ausmaß der Kriminalität sank. Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen werden seltener wahrgenommen, und man ist 1998 zufriedener mit der öffentlichen Sicherheit und den politischen Partizipationsmöglichkeiten. Dies spricht für ein Zusammenwachsen von Ost und West.

Die Betrachtung der einzelnen Bundesländer offeriert auch hier ein differenzierteres Bild. 1993 waren zwischen 63% (Rheinland-Pfalz/Saarland) und 33% (Mecklenburg-Vorpommern) der Menschen Mitglied in Vereinen. Der gesamte Osten neigt (mit der Ausnahme Sachsen) eher zur Nichtbindung. Auch 1998 bilden alle neuen Bundesländer die Gruppe der im geringsten Ausmaß organisierten Menschen. Konflikte zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen nahm man 1993 besonders im Osten und in Westberlin, der Nahtstelle des Zusammenwachsens wahr, am seltensten dagegen in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen. Konflikthafter als 1993 beurteilen die Menschen die individuellen deutsch-deutschen Beziehungen 1998 in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Westberlin und Bremen. Eine Verkleinerung des Anteils der Bevölkerung, die Konflikte sieht, ist in Brandenburg und Berlin Ost sowie insbesondere in Hessen und Niedersachsen zu beobachten.

Obwohl die großen Städte, in denen besonders viele Strafdelikte aktenkundig werden, mehrheitlich in den alten Bundesländern zu finden sind, wies Ostdeutschland 1993 ca. 20% mehr Kriminalität auf als der Westen. Herausragend hohe Kriminalitätsbelastungen wurden zu beiden Zeitpunkten in den drei Stadtstaaten, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg berichtet. Nur in Sachsen und Thüringen fand man weniger Kriminalität vor als in einigen alten Bundesländern. Trotz im Gesamtdurchschnitt gesunkener Kriminalität trifft dies im Zeitvergleich nicht für alle Bundesländern zu. Bayern und Hamburg weisen 1998 in etwa das gleiche Kriminalitätsniveau auf wie fünf Jahre zuvor. In Sachsen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Thüringen stieg das Ausmaß an Kriminalität sogar. Die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit stieg bis 1998 in allen Bundesländern in unterschiedlichem Ausmaß. Im Gegensatz zu 1993 ist hier im Jahr 1998 eine kollektive Plazierung der neuen Bundesländer am unteren Ende der Zufriedenheitsskala zu verzeichnen. Die Menschen in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz/Saarland sind dagegen am zufriedensten. Dies entspricht dem geringeren Ausmaß der Kriminalität in diesen Bundesländern. Die 1998 objektiv höhere Kriminalitätsbelastung von Rheinland-Pfalz im Vergleich zu 1993 hat überraschenderweise keine Auswirkungen auf die Entwicklung der Zufriedenheit der Menschen in diesem Bundesland. Es ist sogar eine

überdurchschnittliche Steigerung der Zufriedenheit zu verzeichnen.⁴ Ebenfalls bemerkenswert ist die hohe Zufriedenheit der Hamburger mit der öffentlichen Sicherheit, dies trotz der für Großstädte typischen hohen Kriminalitätsbelastung.

Hohe Wahlbeteiligungen lassen sich zu beiden Zeitpunkten in Hessen, Rheinland-Pfalz und vor allem im Saarland beobachten. Alle neuen Bundesländer verzeichnen dagegen im Vergleich zu den alten zu beiden Zeitpunkten eine geringfügig niedrigere Wahlbeteiligung. Auch mit ihren politischen Partizipationsmöglichkeiten waren die Menschen in allen neuen Bundesländern bis auf Brandenburg 1993 unzufriedener als in den alten. Hier wirkte das Gefühl des „übergestülpten Institutionensystems“, das einige Autoren als Kolonialisierung Ostdeutschlands bezeichneten (vgl.: Dümcke/Vilmar 1995 sowie Pollack 1996). 1998 weisen Brandenburg und Ostberlin Zufriedenheitswerte auf, die höher sind als die einiger alter Bundesländer. Der Umzug der Regierung nach Berlin ließ hier Politik „(be-)greifbar“ werden.

Auch in diesem Lebensbereich ist die Gesamtbilanz gemischt. Die Lebensbedingungen und deren Bewertungen verbesserten sich bis auf das Ausmaß der Mitgliedschaften im Durchschnitt. Gleichzeitig überwiegen Divergenztendenzen, betrachtet man die Bundesländer. Nur in der Wahlbeteiligung und der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit sind sich die Länderergebnisse ähnlicher geworden. Bei der Bewertung individueller deutsch-deutscher Konflikte sind sich die alten Bundesländer 1998 uneiniger, während sich die ostdeutsche Spannweite auf dem Niveau von 1993 befindet. In allen weiteren getesteten Indikatoren kann man 1998 größere Abweichungen einzelner Bundesländer vom Ost-, West- und gesamtdeutschen Durchschnitt finden als fünf Jahre zuvor.

4.4 Globalmaße des Wohlbefindens und Zukunftserwartungen

Auf der globalen Ebene kann eine subjektive Gesamtbilanz gezogen werden. Die Menschen bewerten ihre Situation, sowohl die individuellen als auch die kollektiven Elemente. Zukunftsoptimismus oder -pessimismus, die Einschätzung, ob das Leben alles in allem glücklich ist oder nicht, die Einschätzung der Lebensbedingungen sowie das Ausmaß anomischer Reaktionen können als eine Art Generalstatement angesehen werden. Zukunftserwartungen sind „...seismographische Indikatoren, die stark auf latente und akute Problemwahrnehmungen reagieren“ (Mau 1996: 74). Die allgemeine Zufriedenheit mit dem Leben gilt als die umfassendste Bewertung der persönlichen Lebensverhältnisse. Zu den negativen Komponenten des subjektiven Wohlbefindens zählen Anomiesymptome. „Als Anomie bezeichnet die soziologische Theorie ein

⁴ Zu beachten ist allerdings die gemeinsame Erhebung mit dem Saarland. Allerdings dürfte dies keine großen Auswirkungen auf das Zufriedenheitsniveau in Rheinland-Pfalz haben.

gestörtes Verhältnis zu und zwischen gesellschaftlichen Normen auf der einen und gesellschaftlichen Zielen oder Werten auf der anderen Seite.“ (Noll 1994: 611). Auch diese gehen in die globale Betrachtung der Lebensqualität ein.

In der Ost-West-Gegenüberstellung finden sich in allen getesteten Indikatoren zu beiden Zeitpunkten im Osten durchschnittlich schlechtere Bewertungen. Die Menschen im Osten sind unzufriedener und seltener optimistisch und weniger glücklich. Sie schätzen ihre heutigen Lebensbedingungen negativer ein, als es die Menschen in Westdeutschland tun, und sie erwarten eine positive Entwicklung, nicht jedoch ein Gleichziehen mit dem Westen. Dagegen schätzten die Westdeutschen, obwohl sie mehrheitlich Zukunftsoptimismus an den Tag legen, 1993 ihre zukünftigen Lebensbedingungen schlechter ein, als die zum Zeitpunkt vorhandenen. Den erhofften und beschworenen Erfolgen der Vereinigung steht man im Westen skeptisch gegenüber. 1998 erwarten die Westdeutschen für die folgenden fünf Jahre zwar keine schlechteren, aber nur gleich bleibende Lebensbedingungen. Die Ostdeutschen glauben dagegen zu beiden Zeitpunkten an die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Die Erwartungshaltung war am Beginn der neunziger Jahre größer.

Die Bundesländerperspektive differenziert dieses Gesamtbild auch hier. Zwar sind die Menschen in allen neuen Bundesländern 1993 unzufriedener mit ihrem Leben als in allen alten. Jedoch ist der Abstand zwischen Sachsen-Anhalt (7,2) und Berlin West (7,4) relativ gering. Thüringen weist mit 6,7 die niedrigste, Bremen (8,3) und Hamburg (8,2) die höchsten Lebenszufriedenheiten auf. Eine deutliche Ost-West-Einteilung ist in diesem Indikator 1998 nicht mehr vorzufinden. Brandenburger sind nun zufriedener als die Menschen in Berlin West und Baden-Württemberg. Im letztgenannten Bundesland sank das Zufriedenheitslevel von hohem Niveau ausgehend am deutlichsten ab. Die geringsten Zufriedenheitsniveaus sind 1998 in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern zu beobachten, am zufriedensten in Rheinland-Pfalz, dem Saarland und in Bayern.

Ein ähnliches Bild offeriert der Anteil glücklicher und sehr glücklicher Menschen in den Bundesländern. Menschen, die zur Beantwortung der Frage, ob ihr persönliches Leben im Augenblick glücklich sei, die Kategorien „sehr glücklich“ oder „ziemlich glücklich“ benutzen, sind 1993 mit der Ausnahme Ostberlin und in westdeutschen Stadtstaaten seltener anzutreffen als in westdeutschen Flächenländern. Gleiches offenbart der Blick ins Jahr 1998. Bremen und Westberlin stehen nun sogar am Ende des Rankings. Nur in Mecklenburg-Vorpommern gibt es mehr glückliche Menschen als in Hamburg. Sieht man vom Sonderfall Bremen ab, wo niedrige Fallzahlen der Grund für extreme Werte sein dürften, schwanken die Anteile glücklicher und sehr glücklicher Menschen in den Bundesländern zwischen 84% und 96% im Jahr 1993 und 85% und 97% im Jahr 1998.

In einem Index zusammengefaßt, in dem 0 die völlige Abwesenheit und 10 das völlige Vorhandensein aller, jeweils einzeln abgefragter Anomiesymptome beschreibt, wies Ostdeutschland 1993 einen Durchschnittswert von 4,0 auf, die alten Bundesländer lagen bei 3,1. Auf der Bundesländerebene weist 1993 Brandenburg mit dem Indexwert 4,3 das

höchste, Ostberlin (3,6) das geringste Ausmaß an Anomie innerhalb der neuen Bundesländer auf. In den alten Bundesländern berichteten die Menschen in Hamburg (2,6) und Schleswig-Holstein (2,8) von besonders wenigen anomischen Reaktionen, die Menschen in Bayern (3,3) über die meisten. Bis 1998 sinkt das Anomieausmaß v. a. im Osten (um durchschnittlich 0,8 Indexpunkte). Es treten im Großteil der Bundesländern weniger anomische Symptome auf, mehr als 1993 dagegen in Hamburg, Bremen, Rheinland-Pfalz/Saarland, Westberlin und Hessen. Das Ranking der Bundesländer belegt 1998 nicht länger die kollektiv höhere Anomie in den neuen Bundesländern. Sachsen-Anhalt und Thüringen (jeweils 3,5) sind zwar am stärksten betroffen, allerdings befindet sich Brandenburg (2,9) im weit unterdurchschnittlichen Bereich und Mecklenburg-Vorpommern (2,6) weist sogar die geringste Anomiebetroffenheit aller 16 Bundesländer aus.

Zukunftsoptimismus war 1993 vor allem in Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein zu beobachten. Das untere Ende des Rankings bestand aus den neuen Bundesländern, jedoch auch aus Bayern und Hessen. Die Brandenburger schienen besonders pessimistisch zu sein. In Sachsen-Anhalt waren 1993 mehr Menschen optimistisch als in Hessen und Bayern, auch in Mecklenburg-Vorpommern ist man vergleichsweise optimistisch. Die beiden der neuen Länder mit der schlechtesten wirtschaftlichen Lage blickten damit mit den größten Erwartungen (im Vergleich der neuen Bundesländer) in die Zukunft. 1998 weist Sachsen-Anhalt nun den geringsten Anteil optimistischer Menschen auf, eine Reaktion auf die insgesamt schlechte Performanz dieses Bundeslandes in vielen Bereichen. Es folgen am unteren Ende Thüringen und Ostberlin, dann Hamburg und Hessen. Brandenburg, 1993 noch am unteren Ende des Rankings, weist 1998 den größten Anteil optimistischer Menschen in Ostdeutschland auf. Der Wert kommt dem gesamtdeutschen Durchschnitt sehr nahe. Die mit Abstand meisten Optimisten leben 1998 in Rheinland-Pfalz und dem Saarland, gefolgt von Niedersachsen und Bayern. Etwa die Hälfte aller Bundesländer hat 1998 ihr Optimismuskniveau von 1993 nicht erreicht.

1993 beurteilten die Menschen in allen neuen Bundesländern ihre Lebensbedingungen schlechter als die Menschen in den alten, am schlechtesten in Brandenburg, am besten noch in Sachsen-Anhalt. Von den alten Bundesländern wiesen Westberlin und mit größerem Abstand Niedersachsen die schlechtesten Bewertungen der Lebensbedingungen auf. Das höchste Niveau fand sich 1993 in Bremen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz/Saarland. 1998 erreichen Baden-Württemberg, Bremen und Westberlin ihr Ergebnis von 1993 nicht. Steigerungen der Bewertungen der Lebensbedingungen zum jeweiligen Zeitpunkt lassen sich bis auf Sachsen-Anhalt vor allem in den neuen Bundesländern und Hamburg beobachten. Dennoch befinden sich auch 1998 die neuen Bundesländer am unteren Ende des Rankings, Westberlin in ihrer Mitte. Im Vergleich der alten Bundesländer schätzt man 1998 in Baden-Württemberg die derzeitigen Lebensbedingungen am schlechtesten ein. Hier nimmt man wahrscheinlich eine im Vergleich zu „Früher“ angespannte Situation wahr und

„überreagiert“. Die getesteten objektiven Indikatoren stützen die Einschätzung der Baden-Württemberger nicht. In Hamburg sowie wiederum in Rheinland-Pfalz/Saarland schätzen die Menschen ihre Lebensbedingungen besonders gut ein.

Im Indikator der in fünf Jahren erwarteten Lebensbedingungen zeigt sich auf der Bundesländerebene für 1993 ein sehr inhomogenes Bild. Neue Bundesländer finden sich sowohl am unteren Ende des Rankings als auch im Mittelfeld und im oberen Fünftel. Brandenburger waren 1993 im Blick in die persönliche Zukunft eher pessimistisch, ebenfalls die Niedersachsen. Die Länder mit 1993 besonders optimistischen Prognosen für ihre zukünftigen Lebensbedingungen waren Rheinland-Pfalz/Saarland, Hamburg, Baden-Württemberg sowie Sachsen-Anhalt. Die gleiche Frage 1998 erneut gestellt, sind die Menschen mit ihrer Antwort in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen deutlich vorsichtiger. Sie geben 1998 für ihre für das Jahr 2003 erwarteten Lebensbedingungen schlechtere Einschätzungen ab als 1993. In allen anderen Ländern fällt die Prognose positiver aus als 1993, zum Teil sogar deutlich wie beispielsweise in Niedersachsen, Bayern und Brandenburg. Das Ranking 1998 weist im Gegensatz zu 1993 eine erkennbare Ost-West-Einteilung auf. Alle neuen Bundesländer sowie in ihrer Mitte Westberlin und Bremen gehen, was die erwarteten Lebensbedingungen betrifft, am wenigsten optimistisch in die Zukunft. Sehr positiv sind die Menschen dagegen in Rheinland-Pfalz/Saarland und Hamburg gestimmt.

Auch im Bereich der Globalmaße des Wohlbefindens und der Zukunftserwartungen kann kein durchweg positives Gesamturteil abgegeben werden. Im Osten Deutschlands kann man über die Zeit von gestiegenen oder gleichbleibenden Zufriedenheitslevels und Anteilen glücklicher und optimistischer Menschen sprechen. Dagegen sank das Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit im gesamtdeutschen Durchschnitt und im Durchschnitt der alten Bundesländer. Bis auf den Indikator der „Einschätzung der in fünf Jahren erwarteten Lebensbedingungen“ kam es zu einer Annäherung der Durchschnittswerte Ost und West. Auf der Bundesländerebene lassen sich in einigen Indikatoren vergrößerte Differenzen zwischen den Bundesländern feststellen. Im Vergleich aller Bundesländer betrifft dies den Anteil glücklicher Menschen und die für die Zukunft erwarteten Lebensbedingungen. Zwischen den alten Bundesländern wurden die Abstände außer im Anteil optimistischer Menschen und der allgemeinen Lebenszufriedenheit in allen getesteten Indikatoren größer, im Osten dagegen in der Lebenszufriedenheit und der Anomie.

Tab 5: Globalmaße des Wohlbefindens	Allgemeine Lebenszufriedenheit		Ziemlich glückliche und sehr glückliche Menschen		Anomieindex		Lebensbedingungen heute		Erwartete Lebensbedingungen in fünf Jahren		Sehr optimistische und optimistische Menschen	
	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998
	Skalenpunkte	Skalenpunkte	%	%	Skalenpunkte	Skalenpunkte	Skalenpunkte	Skalenpunkte	Skalenpunkte	Skalenpunkte	%	%
Berlin Ost	6,8	7,1	92,3	87,2	3,6	3,5	6,3	6,8	6,6	6,9	74,5	71,4
Berlin West	7,4	7,5	92,0	85,4	3,1	3,3	6,8	6,7	6,6	6,6	85,1	80,5
Brandenburg	6,8	7,6	87,9	87,2	4,3	2,9	6,0	6,8	6,3	6,8	54,9	80,9
Baden-Württemberg	8,0	7,4	94,2	91,1	3,1	3,1	7,4	7,1	7,1	7,3	86,9	82,9
Bayern	7,9	7,9	94,9	90,3	3,3	3,1	7,3	7,5	6,8	7,4	76,1	85,0
Bremen	8,3	7,0	100,0	74,1	3,2	3,8	7,6	6,8	6,9	6,7	92,0	85,7
Hessen	7,9	7,8	95,4	90,7	3,2	3,3	7,2	7,3	6,8	7,1	78,8	78,1
Hamburg	8,2	7,9	89,7	89,1	2,6	3,0	7,3	8,0	7,2	7,7	88,4	76,6
Mecklenburg-Vorpommern	6,9	6,9	86,1	89,4	4,0	2,6	6,1	6,5	6,9	6,7	76,3	80,0
Niedersachsen	7,8	7,7	95,5	90,9	3,1	2,8	7,2	7,3	6,5	7,3	87,3	85,9
Nordrhein-Westfalen	7,9	7,8	94,3	92,8	3,1	2,8	7,3	7,4	7,0	7,3	85,7	84,2
Rheinland-Pfalz	7,8	8,0	94,4	97,3	3,2	3,5	7,4	7,7	7,3	7,8	84,4	89,8
Schleswig-Holstein	8,1	7,7	95,1	92,0	2,8	2,7	7,3	7,4	6,8	7,1	86,6	84,6
Saarland	7,8	8,0	94,4	97,3	3,2	3,5	7,4	7,7	7,3	7,8	84,4	89,8
Sachsen	6,9	7,2	88,8	88,0	4,0	3,2	6,4	6,7	6,7	6,7	72,0	75,7
Sachsen-Anhalt	7,2	7,3	86,0	88,9	3,8	3,5	6,6	6,6	7,1	6,6	79,4	65,3
Thüringen	6,7	7,4	84,2	86,2	4,0	3,5	6,1	7,0	6,9	7,0	75,5	69,6
Deutschland	7,7	7,6	93,1	90,8	3,3	3,0	7,1	7,2	6,9	7,2	81,3	82,0
Alte Bundesländer	7,9	7,7	94,6	91,5	3,1	3,0	7,3	7,3	6,9	7,3	83,8	83,9
Neue Bundesländer	6,9	7,3	87,3	87,9	4,0	3,2	6,3	6,7	6,8	6,8	71,9	74,0
Stadt	7,6	7,6	92,9	89,2	3,1	3,1	6,9	7,1	6,8	7,1	81,0	82,1
Land	7,8	7,7	93,2	91,6	3,4	3,0	7,2	7,3	7,0	7,3	81,6	82,0
Anmerkungen	2,3,4,7	2,3,4,7	2,3,4	2,3,4	2,3,4,8	2,3,4,8	2,3,4,7	2,3,4,7	2,3,4,7	2,3,4,7	2,3,4	2,3,4
Daten	Wohlfahrtssurveys der Jahre 1993 und 1998, eigene Berechnungen											
1) Berlin Ost = Berlin West	3) Stadt = mehr als 100.000 Einwohner											
2) Rheinland-Pfalz = Saarland	4) Land = weniger als 100.000 Einwohner											
	5) Stadt = die Summe der drei Stadtstaaten, Bevölkerungsgewicht											
	6) Land = die Summe der Flächenländer, Bevölkerungsgewicht											
	7) Skala 0 (schlechteste Bedingung) –10 (beste Bedingung)											
	8) Skala 0 (Abwesenheit von Anomie) –10 (Anwesenheit)											

4.5 Welche Bundesländer sind sich ähnlich, welche nicht?

Die vorangegangenen Abschnitte beschäftigten sich detailliert deskriptiv mit den Lebensbedingungen und deren Bewertungen aus unterschiedlichen Perspektiven. In jeder vorgestellten Perspektive gibt es dabei „Abweichler“, beispielsweise nicht ins typische Muster passende Bundesländer oder einzelne, deren Entwicklungen über die Zeit signifikant von anderen abweichen. Dies macht zusammenfassende und generalisierende Aussagen über die Lebensqualität der Deutschen vom eigenen Standpunkt und Forschungsinteresse abhängig. Wie gelingt es aber nun, die Vielfalt von Informationen als „Ganzes“ darzustellen?

Das gegeneinander Aufwiegen von guten und schlechten Bedingungen und von mehr oder weniger Zufriedenheit ist inhaltlich nicht begründbar. Wer will entscheiden, ob der negative Einfluß eines geringeren durchschnittlichen Einkommens auf das Niveau einer multidimensional konzeptionierten Lebensqualität durch eine geringere Kriminalitätsrate aufgewogen wird, wenn man zu einem Gesamtergebnis kommen möchte? Mir erscheint es deshalb als sinnvoll, sich in der folgenden Betrachtung von der Diskussion der Niveaus und den daraus resultierenden, in absoluten oder relativen Zahlen angebbaren Differenzen der Lebensqualität auf der Ebene von Einzelindikatoren oder Lebensbereichen abzuwenden. Nimmt man in Kauf, daß einige Indikatoren, deren differente Ausprägungen die Bundesländer in der Lebenswirklichkeit extrem voneinander abgrenzen, zu statistischen Differenzgrößen degradiert werden, die nicht mehr oder weniger „Wert“ sind als andere, deren Einfluß auf die Qualität des Lebens vielleicht eher indirekt ist, kann man ein Bild zeichnen, daß die Bundesländer auf Grund ihrer Ähnlichkeit oder Unähnlichkeit in verschiedene Gruppen einordnet. Die Gruppen sollen dabei so gebildet werden, daß sie intern möglichst homogen, zueinander jedoch möglichst unterschiedlich sind. In die Betrachtung dieser „Geographie“ der Lebensqualität gehen die meisten verwendeten Indikatoren ein.⁵

Die kritische Frage, wie viele Gruppen aus 16 betrachteten Bundesländern sinnvollerweise zu bilden sind, hängt stark von der eigenen Präferenz ab. Sie soll dadurch umgangen werden, daß für jeden Zeitpunkt zwischen zwei und vier Gruppenformationen angeboten werden. Da man von einer gewissen Ähnlichkeit der

⁵ Drei Einschränkungen müssen jedoch aus datentechnischen Gründen vorgenommen werden. Das Bundesland Bremen wurde wegen teilweise geringer Fallzahlen aus der Analyse ausgeschlossen. Im Fall des Saarlandes sind die Werte der mit den Wohlfahrtssurveys erhobenen Indikatoren mit denen von Rheinland-Pfalz identisch, so daß diese beiden Bundesländer in den jeweils selben Gruppen zu finden sein müssten. Weiterhin wird auf fünf objektive Indikatoren verzichtet um die beiden Stadtteile Berlins im Kontext ihrer historisch politischen Verortung in die Analyse einzubeziehen. Dies betrifft das Bruttoinlandsprodukt, den Anteil fabrikneu zugelassener Pkws am Gesamtbestand, die Kriminalitätszahl, die Wahlbeteiligung und die Arbeitslosenquote. Wengleich nicht bezweifelt werden kann, daß es sich bei diesen Indikatoren in der Lebenswirklichkeit um zentrale Aspekte der Lebensqualität handelt, die sich zudem zum Teil durch große Differenzen zwischen den Bundesländern auszeichnen, haben sich in zusätzlichen Tests im Rahmen der folgenden Analyse stabile Gruppenformationen der Bundesländer ergeben.

deutschen Bundesländer ausgehen kann, erscheinen mehr als vier Gruppen wenig sinnvoll.

Die Gruppenbildung wird durch die Prozedur der hierarchischen Clusterzentrenanalyse vorgenommen. Auch der statistische Test, ob sich die gefundenen Ländergruppen tatsächlich und in allen verwendeten Indikatoren voneinander unterscheiden, wird dabei erbracht. Die Indikatoren, deren Erklärungswert für die jeweilige Gruppenbildung mit zunehmender Gruppenanzahl abnimmt, werden lokalisiert.

Betrachten wir zunächst die Gruppen von Bundesländern, die sich bei der Analyse von Ähnlichkeiten und Differenzen im Jahr 1993 ergeben haben.

Tab. 6: Clusterbildung 1993

Zwei-Cluster-Lösung

<u>Gruppe 1</u>	<u>Gruppe 2</u>
Berlin West	Baden-Württemberg
Berlin Ost	Bayern
Sachsen	Hessen
Sachsen-Anhalt	Hamburg
Thüringen	Nordrhein-Westfalen
Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Brandenburg	Rheinland-Pfalz
	Saarland
	Schleswig-Holstein

Drei-Cluster-Lösung

<u>Gruppe 1</u>	<u>Gruppe 2</u>	<u>Gruppe 3</u>
Berlin West	Niedersachsen	Baden-Württemberg
Berlin Ost	Rheinland-Pfalz	Bayern
Sachsen	Saarland	Hessen
Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Hamburg
Thüringen		Nordrhein-Westfalen
Mecklenburg-Vorpommern		Schleswig-Holstein

Vier-Cluster-Lösung

<u>Gruppe 1</u>	<u>Gruppe 2</u>	<u>Gruppe 3</u>	<u>Gruppe 4</u>
Sachsen	Berlin Ost	Niedersachsen	Hamburg
Sachsen-Anhalt	Berlin West	Rheinland-Pfalz	Schleswig-Holstein
Thüringen		Saarland	Baden-Württemberg
Mecklenburg-Vorpommern		Brandenburg	Bayern
			Hessen
			Nordrhein-Westfalen

eigene Berechnungen auf der Basis vorn zitierter Daten, eigene Darstellung

Alles in allem beschreiben die drei Clusterformationen für 1993, daß die meisten neuen Bundesländer zueinander eine größere Ähnlichkeit aufweisen als jeweils zu den alten Bundesländern. Die Ausnahmen sind jedoch deutlich: Westberlin steht den neuen Bundesländern bzw. Ostberlin näher als den alten und bildet deshalb mit diesen eine Gruppe. Dagegen ordnet sich Brandenburg eher in das Cluster einiger alter Bundesländer ein, je feiner der Zuschnitt der Gruppen ausfällt. In der differenzierteren Betrachtung von drei oder vier Clustern bildet Brandenburg zusammen mit Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland eine eigene Gruppe. Die beiden

Stadtteile Berlins sind sich trotz vorhandener Unterschiede in der Vier-Cluster-Lösung zueinander ähnlicher als zu anderen Bundesländern. Während in einer Zweiteilung der deutschen Bundesländer der Ost-West-Unterschied mit den genannten Ausnahmen deutlich ist, bieten die Drei- und Vier-Cluster-Lösungen vor allem eine Differenzierung zwischen den alten Bundesländern. Die als erfolgreich und leistungsstark angesehenen Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, aber auch Schleswig-Holstein bilden jeweils eine gemeinsame Gruppe, die sich von den verbleibenden, weniger erfolgreichen alten Bundesländern (einschließlich Brandenburg) und den neuen Bundesländern, (einschließlich Westberlin) abgrenzen.

Nicht alle der verwendeten Einzelergebnisse passen in das Schema der vorgenommenen Gruppenbildungen. Hinweise auf einen abnehmenden Erklärungswert für die Distanzen zwischen den Gruppen offenbaren sich bei der Vier-Cluster-Lösung und der Drei-Cluster-Lösung in den Indikatoren der „Arbeitszufriedenheit“, der „in fünf Jahren erwarteten Lebensbedingungen“ und der „Medikamenteneinnahme“. In der Zwei-Cluster-Lösung weisen zwei Indikatoren ein kritisches Verhältnis von innerer und äußerer Homogenität auf. Ebenfalls die „Medikamenteneinnahme“ sowie die „Zufriedenheit mit der Gesundheit“ besitzen hier einen eingeschränkten Erklärungswert. Durch die Betrachtung der Bundesländergruppierungen im Jahr 1998 wird vor allem eine Entwicklung deutlich: Brandenburg scheint in allen Clusterkonfigurationen in die Gruppe der neuen Bundesländer „zurückgekehrt“ zu sein. Wie jedoch in den Analysen der einzelnen Lebensbereiche bereits belegt werden konnte, handelt es sich dabei nicht um einen „Abstieg“ Brandenburgs, sondern vor allem um ein „Aufholen“ der anderen neuen Bundesländer. Berlin West ordnet sich wie bereits zu Beginn der neunziger Jahre stets in die Gruppe der neuen Bundesländer ein.

Bildet man zwei Gruppen, erscheinen die alten Bundesländer in Abgrenzung zu allen neuen Bundesländern und Berlin West. Die Drei-Cluster-Lösung unterscheidet sich durch die Aufteilung der alten Bundesländer in zwei Gruppen. Die Vier-Cluster-Lösung bescheinigt den Bundesländern Rheinland-Pfalz zusammen mit dem Saarland sowie Hamburg eine jeweils eigene Stellung.

Die These der größer werdenden Unterschiedlichkeit der Bundesländer wird durch eine im Vergleich zu 1993 gestiegene Anzahl von Indikatoren gestützt, deren Verhältnis von gruppeninterner zu gruppenexterner Homogenität bei hohen Signifikanzen kritisch ist. In der Vier-Cluster-Konstellation sind der Indikator der „Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Betätigung“ und das Ausmaß der Anomie innerhalb der Gruppen inhomogen. Bildet man drei Gruppen, verlieren zusätzlich die „Medikamenteneinnahme“ und die „Zufriedenheit mit dem Familienleben“ ihren Erklärungswert. Teilt man die Bundesländer in zwei Gruppen, nimmt man eine geringe innere Homogenität in den Indikatoren „Medikamenteneinnahme“, „enge Freunde außerhalb der Familie“, „Zufriedenheit mit dem Familienleben“, „Zufriedenheit mit der politischen Betätigung“ und dem Ausmaß der Anomie in Kauf.

Tab. 7: Clusterbildung 1998

Zwei-Cluster-Lösung

<u>Gruppe 1</u>	<u>Gruppe 2</u>
Berlin West	Baden-Württemberg
Berlin Ost	Bayern
Sachsen	Hessen
Sachsen-Anhalt	Hamburg
Thüringen	Nordrhein-Westfalen
Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Brandenburg	Rheinland-Pfalz
	Saarland
	Schleswig-Holstein

Drei-Cluster-Lösung

<u>Gruppe 1</u>	<u>Gruppe 2</u>	<u>Gruppe 3</u>
Berlin West	Bayern	Hamburg
Berlin Ost	Hessen	Nordrhein-Westfalen
Sachsen	Niedersachsen	Baden-Württemberg
Sachsen-Anhalt	Rheinland-Pfalz	Schleswig-Holstein
Thüringen	Saarland	
Mecklenburg-Vorpommern		
Brandenburg		

Vier-Cluster-Lösung

<u>Gruppe 1</u>	<u>Gruppe 2</u>	<u>Gruppe 3</u>	<u>Gruppe 4</u>
Berlin West	Rheinland-Pfalz	Schleswig-Holstein	Hamburg
Berlin Ost	Saarland	Baden-Württemberg	
Sachsen		Bayern	
Sachsen-Anhalt		Hessen	
Thüringen		Nordrhein-Westfalen	
Brandenburg		Niedersachsen	
Mecklenburg-Vorpommern			

eigene Berechnungen auf der Basis vorn zitierter Daten, eigene Darstellung

4.6. Differenzen zwischen Stadt und Land

Um zu untersuchen, ob es Differenzen in den Lebensbedingungen und dem Wohlbefinden der Menschen nicht nur zwischen den Bundesländern, sondern auch zwischen Stadt und Land gibt, wurden in der folgenden Analyse ländliche Gebiete (Siedlungen mit weniger als 100.000 Einwohnern) und urbane Zentren (Städte ab 100.000 Einwohner) getrennt betrachtet⁶.

⁶ Ausgenommen von dieser Einteilung sind die Indikatoren „durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen“, „Bruttoinlandsprodukt pro Kopf“, „Anteil fabrikneu zugelassener Pkws gemessen am Gesamtbestand“, „Arbeitslosenquote“ und „Wahlbeteiligung“. Hier bestehen aus datentechnischen Gründen die Werte für „Stadt“ aus den zusammengefassten Ergebnissen der drei Stadtstaaten, gewichtet nach ihrer Einwohnerstärke, und die Werte für „Land“ aus den verbleibenden Länderdurchschnitten, ebenfalls gewichtet.

Alles in allem bestanden 1993 in Deutschland eher kleine Differenzen in den Lebensbedingungen und im Wohlbefinden zwischen ländlichen Gebieten und urbanen Zentren. Die deutsche Politik hat es in den meisten Bereichen des Lebens verstanden, den Menschen in Städten und auf dem Land gleichermaßen Voraussetzungen für gleichwertige Lebensbedingungen zu gewährleisten. Besonders die subjektiven Einschätzungen der Befragten in Städten weisen nur geringe Unterschiede zu den Bewertungen der auf dem Land lebenden Menschen auf. Vor- und Nachteile des Lebens in Städten oder auf dem Land werden offenbar von den Menschen bewußt abgewogen und in Kauf genommen.

Die größten beobachtbaren Differenzen zwischen Stadt und Land betrafen 1993 den Bereich der öffentlichen Sicherheit, die Höhe des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf, die Haushaltsnettoeinkommen, die Arbeitslosenquote und das Ausmaß von Mitgliedschaften. In den Städten wurden ca. doppelt so viele Strafdelikte aktenkundig wie in ländlichen Gebieten. Frankfurt/Main, Hannover, Kiel, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Potsdam, Rostock und Schwerin weisen außerordentlich hohe Belastungswerte auf (vgl.: Polizeiliche Kriminalstatistik versch. Jahre). Die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit war dementsprechend in den Städten etwas niedriger als auf dem Land, wenngleich die Größenordnung der Differenz nur ein Drittel der Ost-West-Differenz beträgt. Man hat sich in Städten an eine höhere Kriminalitätsbelastung gewöhnt.

Die Wirtschaftsleistung der drei Stadtstaaten war 1993 im Durchschnitt um 25% höher als die der ländlichen Gebiete. Den größten Anteil hieran hatte Hamburg mit seiner außerordentlich guten wirtschaftlichen Performanz. In Städten betrug 1993 das durchschnittliche Nettohaushaltseinkommen ca. 89% des Einkommens der auf dem Lande Lebenden⁷. Somit war man auch angesichts der niedrigeren Preisniveaus auf dem Lande besser gestellt. Die Arbeitslosigkeit erreichte in den Stadtstaaten ein etwa 20% höheres Ausmaß als in ländlichen Gebieten. Besonders in Berlin, wo im Drei-Städte-Vergleich zu beiden Zeitpunkten die höchste Arbeitslosigkeit gemessen wird, ist die prekäre Lage durch die Folgen der deutschen Vereinigung bedingt. Die Isolation Westberlins vor dem Mauerfall hatte hier eine besondere Wirtschaftsstruktur hervorgebracht. Nach der Wende 1989 fielen einige der vorher innerhalb der Stadtgrenzen zu erbringenden Leistungen weg. Der Ostteil hat dagegen mit typisch ostdeutschen Problemen zu kämpfen. Die Folgen dieser Sondersituation sind nicht nur eine hohe Arbeitslosenquote, sondern auch ein im gesamtdeutschen Vergleich eher durchschnittliches Wirtschaftsergebnis. Weiterhin waren die Bewohner von Städten 1993 seltener Mitglieder in Vereinen und Organisationen als die Menschen in ländlichen Gebieten. Die Differenz beträgt ca. 16 Prozentpunkte. Der Grund hierfür ist vermutlich das größere Angebot an kulturellen Einrichtungen und Vergnügungs-

⁷ Zu beachten ist jedoch das "Speckgürtel-Phänomen". Besonders Gutverdienende arbeiten oft in den Städten und pendeln am Abend zu ihren Familien aufs Land.

möglichkeiten in Städten. Deren Fehlen wird auf dem Lande durch ein vermehrtes Vereinsleben kompensiert.

Auch 1998 lassen sich einige Differenzen zwischen Städten und ländlichen Regionen ausmachen. Eine allgemeine Entwicklung des Auseinanderdriftens der Lebensbedingungen und des Wohlbefindens der städtischen und ländlichen Gebiete läßt sich dabei allerdings nicht feststellen. In den meisten Indikatoren befinden sich die Differenzen auf dem selben Niveau wie fünf Jahre zuvor. Von Divergenzentwicklungen ist am ehesten der öffentliche Lebensbereich betroffen. Wiederum die Kriminalitätsbelastung ist 1998 der Indikator, welcher die größte Differenz zwischen Stadt und Land aufweist. Der Abstand ist sogar größer geworden. Überraschenderweise sind die Menschen mit der öffentlichen Sicherheit im Jahr 1998 in Stadt und Land etwa gleich zufrieden. Die Differenz in der Wirtschaftskraft ist etwas kleiner geworden. Die ländlichen Gebiete erreichen 1998 etwa 86% der Wirtschaftsleistung der Städte. Eine gewachsene Differenz zeichnet sich allerdings in der Arbeitslosenquote ab. Sie ist 1998 in den drei Stadtstaaten um ein knappes Drittel höher als auf dem Land. Auch die Einkommensdifferenz ist im Fünfjahreszeitraum um 4 Prozentpunkte größer geworden. Haushalte auf dem Land haben 1998 ein durchschnittlich ein Fünftel höheres Einkommen als in den Stadtstaaten. Abgeschwächt wird letzterer Befund durch differente Haushaltsgrößen. In den großen Städten gibt es wesentlich mehr Einpersonenhaushalte während auf dem Land sehr häufig mindestens 2 Personen zum Haushaltseinkommen beitragen. Berechnet man die Pro-Kopf Haushaltseinkommen schmelzen die Stadt-Land-Unterschiede. Die Pro-Kopf Haushaltseinkommen berücksichtigen jedoch nicht die Einspareffekte einer Mehrpersonen-Wirtschaftsgemeinschaft.

Verglichen mit den durchschnittlichen Ost-West-Differenzen sind die Stadt-Land-Differenzen bei den meisten Indikatoren wesentlich kleiner. Die große Ausnahme hiervon ist die Differenz in der Kriminalitätsbelastung. Hier ist der Stadt-Land-Unterschied ist zu beiden Zeitpunkten mehr als drei mal so hoch wie die Ost-West-Differenz. Die gefundenen, durchaus nicht unbedeutenden Stadt-Land-Differenzen in der Wirtschaftskraft, den Haushaltseinkommen und der Arbeitslosenquote sind 1998 etwa halb so groß wie die zwischen Ost und West. Für alle anderen getesteten Indikatoren sind die Differenzen zwischen Stadt und Land die zu vernachlässigenden Größen, da sie nur ein Bruchteil der Höhe der jeweiligen Differenzen zwischen Ost und West betragen bzw. gar nicht vorhanden sind.

Tab. 8: Ausgewählte Stadt-Land-Differenzen

	Gesamtzahl Kriminalität		Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit	
	1993 Straftaten je 100.000 Einwohner	1998	1993 Skalenpunkte	1998 Skalenpunkte
Deutschland	8337	7869	4,7	5,8
alte Bundesländer	8032	7576	5,0	6,0
neue Bundesländer	9748	9281	3,6	5,1
Stadt	12390	12095	4,5	5,7
Land	6328	5897	4,9	5,8
Daten:	Polizeiliche Kriminalstatistik		Wohlfahrtssurveys der Jahre 1993 und 1998, eigene Berechnungen	

	BIP/Kopf in DM		monatl. Haushaltsnettoeinkommen	
	1993 DM	1998 DM	1993 DM	1998 DM
Deutschland	37223	45814	4400	5107
alte Bundesländer	43257	49859	4820	5345
neue Bundesländer	20165	27713	3351	4059
Stadt	51163	59476	4117	4404
Land	38024	44777	4584	5173
Daten:	Statistische Jahrbücher, eigene Berechnungen		Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, eigene Berechnungen	

	Arbeitslosenquote		keine Mitgliedschaft	
	1993 % der Befragten	1999 % der Befragten	1993 % der Befragten	1998 % der Befragten
Deutschland	9,8	11,7	46	47
alte Bundesländer	8,2	9,9	44	43
neue Bundesländer	15,8	19,0	53	62
Stadt	11,6	15,8	50	50
Land	9,6	11,4	43	45
Daten:	Statistische Jahrbücher, eigene Berechnungen		Wohlfahrtssurveys der Jahre 1993 und 1998, eigene Berechnungen	

5 Deutschland in Europa - Differenzen in europäischen Staaten im Vergleich

Regionale Disparitäten treten nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland auf, sondern auch in anderen modernen Gesellschaften. Gemeinsames Ziel der Europäischen Union ist die wirtschaftliche und soziale Kohäsion nicht nur ihrer Mitgliedsstaaten, sondern auch der Regionen (vgl.: Fitzmaurice 1996: 369). Das Ziel der Kohäsion entspricht in groben Zügen der deutschen Grundgesetzforderung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“.

Dem Anspruch der stetigen Annäherung und Verbesserung der Lebensbedingungen und, wie man mit gutem Recht annehmen kann, dadurch langfristig auch des Wohlbefindens der EU-Bürger, werden die meisten Mitgliedstaaten der EU gerecht (vgl. zum „catching up“ der jüngeren EU-Mitgliedsstaaten: Delhey 2001). Dennoch hinken einige Länder und Regionen dem allgemeinen Trend „hinterher“. Nicht immer ist es gelungen, die Lebensbedingungen anzugleichen. Besonders in den ärmeren Beitrittsländern wie Spanien und Portugal nahmen diese Prozesse einen größeren Zeitraum in Anspruch, als es in der Gründungsphase der Union der Fall war, als sich wirtschaftlich und sozial relativ ähnliche Länder zusammenschlossen. In bezug auf die anstehende Osterweiterung der EU wird die Heterogenität der aktuellen und prospektiven Mitgliedsstaaten vermehrt diskutiert (vgl.: Zapf/Delhey 2001). Das Ziel der „Annäherung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Gemeinschaft im Zuge des sozialen Fortschritts“ (ebd.) wird nun um einiges schwerer erreichbar sein. Empirisch gesprochen: die Spannweiten der Lebensbedingungen werden mit einer zunehmenden Zahl von Mitgliedsländern und Beitrittskandidaten größer werden. Dennoch ist die Geschichte der EU durch in allen Fällen gelungene Erweiterungen gekennzeichnet. Die anspruchsvollen Aufnahmekriterien spielten hierbei eine zentrale Rolle.

Auf der Institutionenebene trägt die Europäische Union dem Tatbestand der unterschiedlichen Voraussetzungen nicht nur zwischen Staaten, sondern auch zwischen Regionen u. a. durch die Einsetzung eines Ausschusses der Regionen (Committee of the Regions) Rechnung. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) hat die Aufgabe, die wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der Gemeinschaft zu beseitigen (vgl.: Schoneweg 1996: 811). Die Vergabe von Geldern zur Förderung besonders benachteiligter Regionen versucht, ähnlich wie der deutsche Länderfinanzausgleich, eine Angleichung der Wirtschaftskraft zu erreichen und damit auch innerhalb der kleineren Verwaltungseinheiten möglichst gleichwertige Lebensbedingungen zu fördern. Periodisch erscheinende Berichte (vgl.: u. a. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001 zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union) geben sowohl über das Erreichte als auch über das Ausmaß der abzubauenen Disparitäten Auskunft.

In diesem Paper werden die Differenzen innerhalb von Staaten auf der unterhalb des jeweiligen Gesamtstaates liegenden Verwaltungsebene analysiert und mit den deutschen Verhältnissen verglichen. Die Auswahl beschränkt sich hierbei auf die Hauptindikatoren, die von der EU auch immer wieder zur Messung des Erfolges der Regionalpolitik herangezogen werden, das BIP pro Kopf und die Arbeitslosenquote. Wirtschaftskraft und Zugang zur Erwerbsarbeit haben einen signifikanten Einfluß auf die Lebensqualität der Menschen. Sie beschreiben zentrale Aspekte der Lebensbedingungen und beeinflussen das Wohlbefinden. Ebenfalls zeichnen sich beide Indikatoren im bundesdeutschen Ländervergleich durch erhebliche regionale Differenzen aus. Um einen Eindruck über die Entwicklungen der Differenzen in anderen Staaten zu gewinnen und die deutschen Entwicklungen vor diesem Hintergrund zu bewerten, wird auch hier ein Vergleich zweier Zeitpunkte vorgenommen. Ein Gesamtmaßstab wird dadurch geschaffen, indem man die Ergebnisse der einzelnen Regionen jeweils ins Verhältnis zum EU-15 Durchschnitt⁸ setzt. Dadurch können Aussagen darüber getroffen werden, ob es den einzelnen Staaten gelingt, nicht nur ihre inneren Disparitäten abzubauen, sondern auch eine gesamteuropäische Konvergenzentwicklung in Gang zu setzen, die nicht auf der Absenkung des Gesamtniveaus beruht.

Neben den großen, bevölkerungsreichen europäischen Staaten Frankreich (mit 8 Regionen - die Überseegebiete wurden nicht einbezogen), Italien (11 Regionen) und dem Vereinigten Königreich (mit 12 Regionen) wurden auch die kleinen bzw. bevölkerungsarmen Nachbarn Deutschlands wie die Niederlande (4 Regionen) und Schweden (8 Regionen) betrachtet. Mit Spanien (10 Regionen) und der Tschechischen Republik (8 Regionen) werden zusätzlich ein relativ spät in die EU aufgenommenes Land und ein prospektiver Mitgliedsstaat analysiert.

5.1. Differenzen in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit⁹

1988 betrug der Durchschnitt des BIP pro Kopf der EU-15 Staaten etwa 18.900 Euro. Westdeutschland, Schweden und Frankreich lagen über diesem Durchschnitt, Spanien deutlich darunter. Die Niederlande, Italien und Großbritannien erreichen den 15-Länder-Durchschnitt fast genau.

Zwischen den Regionen der Länder bestehen jedoch weitaus größere Differenzen. Die jeweils wirtschaftlich schwächsten Regionen der betrachteten Länder erreichten 1988

⁸ Im Jahr 1988 hatte die EU noch nicht 15 Mitgliedsstaaten. Um Entwicklungen über die Zeit dokumentieren zu können, wird der 15-Länderdurchschnitt von der EU - Kommission auch für 1988 rekonstruiert und als Referenzmaß benutzt.

⁹ Um die bis 2002 existierenden Währungen der Länder auszugleichen, wird das jeweilige Bruttoinlandsprodukt kaufkraftbereinigt (KKS) angegeben.

zwischen 49% (in Großbritannien: Northern Ireland im Verhältnis zu London) und 78% (in den Niederlanden: Oost-Nederland im Verhältnis zu West-Nederland) der Wirtschaftskraft der jeweils stärksten Regionen innerhalb der Staaten. Damit schwanken die Spannweiten zwischen 51 Prozentpunkten und 22 Prozentpunkten. Als in dieser Länderauswahl besonders homogen erwies sich neben den Niederlanden auch Schweden, besonders inhomogen neben dem Vereinigten Königreich auch Italien. Spanien befand sich in einer Mittelposition. In der alten Bundesrepublik und Frankreich befanden sich 1988 die maximalen regionalen Differenzen deutlich über dem Sieben-Länder-Durchschnitt.

Tab. 9: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ausgewählter europäischer Länder 1988

EU-15 = 100	E	F	I	NL	S	UK	D West
Anzahl der Regionen	10	8	11	4	8	8	11
Durchschnitt des Landes (KKS) im Verhältnis zur EU-15	74	108	100	98	110	99	115
Leistungsstärkste Region im Vergleich zum EU-15 Durchschnitt	91	165	132	107	131	151	175
Leistungsschwächste Region im Vergleich zum EU-15 Durchschnitt	58	89	66	84	101	74	97
Bruttoinlandsprodukt der schwächsten Region im Verhältnis zur stärksten Region des Staates in %	63	54	50	78	77	49	55
Spannweite zwischen schwächster und stärkster Region in Prozentpunkten	37	46	50	22	23	51	45

Daten: Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, eigene Berechnungen

Bis 1998 ist der EU-15 Durchschnitt des BIP pro Kopf auf ca. 21.200 Euro gestiegen. Von acht betrachteten Ländern weisen die Niederlande (113%), Deutschland (108%), Schweden (102%) und Italien (101%) eine über diesem Durchschnitt befindliche Wirtschaftskraft auf der Gesamtstaatenebene auf. Die Tschechische Republik (60%), Spanien (81%) und Frankreich (99%) liegen unter dem Durchschnitt. Die größte 1998 innerhalb der hier betrachteten 61 Regionen in acht europäischen Ländern beobachtbare Differenz besteht zwischen Hamburg, wo ein BIP pro Kopf von 86% über dem EU-15 Durchschnitt erwirtschaftet wird, und der Region Stredocesky mit 53% unter dem EU-15 Durchschnitt. Damit hat diese tschechische Region eine Wirtschaftskraft, die nur etwa 30% der von Hamburg erwirtschafteten entspricht. Beschränkt man sich auf die heutigen EU-Mitgliedsstaaten, weist die spanische Region Sur mit 40% unter dem EU-15 Durchschnitt die schlechteste wirtschaftliche Bilanz auf. Geographisch betrachtet sind es die Peripherien Europas, die schwach besiedelten Bergregionen und die wenig industrialisierten Gebiete, die unterhalb des Durchschnittes liegen, während sich die reicheren Regionen entlang einer Achse London-Brüssel-Paris-Wien-Mailand befinden, ergänzt durch Hamburg, Stockholm und weitere urbane Ballungszentren, die stark

besiedelt sind und eine hohe Konzentration dynamischer Industrien, einen starken Tertiärsektor bzw. historisch gewachsene Zentren des Handels (v.a. Hafenstädte) aufweisen (vgl.: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 1995: 355).

Tab. 10: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ausgewählter europäischer Länder 1998

EU-15 = 100	E	F	I	NL	S	CZ	UK	D	D D Ost	D D West
Anzahl der Regionen	10	8	11	4	8	8	12	11	16	5
Durchschnitt des Landes (KKS) im Verhältnis zur EU-15	81	99	101	113	102	60	102	100+X	108	100-X
Leistungsstärkste Region im Vergleich zum EU-15 Durchschnitt	110	152	135	125	136	115	153	186	186	71
Entwicklung des Landesdurchschnitts (1988=100) in Relation zum EU-15 Entwicklung	+7 %	-9 %	+1 %	+15 %	-8 %	n.v.	+3 %	+X %*	-X %**	+X %*
Leistungsschwächste Region im Vergleich zum EU-15 Durchschnitt	59	79	64	96	91	47	77	98	70	68
Bruttoinlandsprodukt der schwächsten Region im Verhältnis zur stärksten Region des Staates in %	54	52	48	77	66	41	50	53	38	96
Spannweite zwischen schwächster und stärkster Region in Prozentpunkten	46	48	52	23	34	59	50	47	63	4
Entwicklung der Spannweite (1988 = 100)	126	104	105	107	146	n.v.	99	107	100+X*	100+X*

* Das BIP KKS wird 1998 nicht getrennt nach alten und neuen Ländern ausgewiesen, Trendaussage.

** Obwohl sich die beiden Landesteile in ihrer jeweiligen relativen Position zum EU-15 Durchschnitt verbesserten, hat das wesentlich niedrigere Niveau der Wirtschaftskraft Ostdeutschlands einen negativen Einfluß auf die Positionierung der größeren Bundesrepublik im Gesamtgefüge.

Daten: Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, eigene Berechnungen

Auch innerhalb der betrachteten Länder kam es zu Vergrößerungen der Abstände und Differenzen. Gegen Ende der neunziger Jahre erreichen die jeweils schwächsten Regionen der betrachteten Länder ein BIP pro Kopf zwischen 38% und 77% der jeweils stärksten Region in ihrem Land. Die größten Spannweiten weisen 1998 Deutschland (Spannweite = 63 Prozentpunkte) gefolgt von der Tschechischen Republik (Spannweite = 59 Prozentpunkte) und Italien (Spannweite = 52 Prozentpunkte) auf. Die geringsten Differenzen finden sich in den Niederlanden (Spannweite = 23 Prozentpunkte), gefolgt von Schweden (Spannweite = 34 Prozentpunkte). Wenn man nur die alten Bundesländer einbezieht, ist die innerdeutsche maximale Differenz wesentlich niedriger und liegt bei 47 Prozentpunkten. Ohne die deutsche Vereinigung wären damit die maximalen innerdeutschen Regionaldifferenzen der alten Bundesländer zwar immer noch leicht überdurchschnittlich hoch, hätten jedoch in etwa das Ausmaß der Differenzen in Großbritannien, Spanien, Italien und Frankreich. Demnach muß man beim Vergleich der alten Bundesländer von einem Normalmaß an Differenzen zwischen den Regionen

sprechen, zumindest normal für große Länder. Durch die Vereinigung kamen zur Bundesrepublik fünf sehr homogene (Spannweite = 4 Prozentpunkte) Regionen hinzu, die jedoch durch ihr niedriges Niveau die innerdeutschen Differenzen bedeutend vergrößerten.

Die Niederlande und Spanien waren zwischen 1988 und 1998 in der Lage, ihre Wirtschaftskraft im Verhältnis zum (ebenfalls gestiegenen) EU-15 Durchschnitt bedeutend zu steigern (Niederlande: +15%, Spanien: +7%). Auch in Großbritannien (+3%) und Italien (+1%) gelang dies. Herbe Verluste erlitten dagegen Frankreich (-9%) und Schweden (-8%). Betrachtet man die durchschnittlichen Ergebnisse der sechs Länder (es fehlen 1998 kaufkraftbereinigte Durchschnittsdaten für die alten Bundesländer), für die Daten zu beiden Zeitpunkten zur Verfügung stehen, so hat sich die durchschnittliche Differenz zwischen schwächstem und stärkstem Land von 36% auf 32% etwas verkleinert. Der EU-15 Durchschnittswert des BIP pro Kopf wurde dabei innerhalb von zehn Jahren um mehr als 12% (1988 = 100) größer. Dies ist eine eindeutig positive Bilanz. Die Steigerung der Wirtschaftskraft einiger Länder in Relation zur EU-15 Entwicklung bei gleichzeitiger Verringerung der Differenzen läßt vermuten, daß insbesondere die jeweils schwächsten Länder, unterstützt durch die Förderpolitik der EU, aufholen. Die Niveaueinbußen relativ zum EU-15 Durchschnitt treffen vor allem die Staaten, deren Wirtschaftskraft überdurchschnittlich hoch ist. Hier spielen vor allen Dingen die weltweiten wirtschaftlichen Entwicklungen eine Rolle, weniger die EU Politik.

Innerhalb der einzelnen Staaten weisen die Entwicklungen andere Charakteristika auf. In sechs von sieben Ländern (bzw. die deutschen alten Bundesländer als Teil der Bundesrepublik, für den der Zeitvergleich 1988–1998 möglich ist) haben sich die Differenzen zwischen den Regionen vergrößert. Am deutlichsten geschah dies in Schweden. Hier erreichte 1998 die schwächste Region eine Wirtschaftsleistung von 66% der stärksten Region, nach 77% im Jahr 1988. Während der wirtschaftsstärksten schwedischen Region Stockholm im Vergleich zu 1989 innerhalb von zehn Jahren eine Steigerung der Wirtschaftskraft in Relation zur EU-15 um 5% gelang, erreichten alle weiteren schwedischen Regionen 1998 ihr Ergebnis von 1988 nicht. Die deutlichsten Einbußen mußte die Region Västsverige hinnehmen, welche nun die wirtschaftlich schwächste Region Schwedens ist (1988 Östra Mellansverige). In Spanien, dem zweiten Gewinner der Wirtschaftsentwicklung, liegt die Wirtschaftskraft aller Regionen relativ zur EU-15 1998 höher als 1988. Eine besonders hohe Steigerung gelang der Region Comunidad de Madrid, zu beiden Zeitpunkten die wirtschaftsstärkste Region Spaniens. Die geringste Steigerung der Wirtschaftsleistung läßt sich in Spanien in der Region Sur beobachten, zu beiden Zeitpunkten nicht nur die schwächste Region in Spanien, sondern, läßt man 1998 die Tschechische Republik außen vor, die schwächste Region aller betrachteten Länder. In Frankreich, Italien und den Niederlanden fällt die Vergrößerung der Differenzen eher moderat aus. Dies gilt ebenfalls für die alten Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland. Dennoch kann belegt werden, daß

sowohl in Ost und West und dadurch auch in Gesamtdeutschland die Differenzen zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesländer zwischen 1993 und 1998 bei Niveausteigerungen in allen Bundesländern größer geworden sind (vgl. Abschnitt 4.1). Die Relation zwischen Stadt und Land ist in Deutschland in etwa gleich geblieben, während sich besonders in Spanien ein Aufschwung vor allem in der Region Madrid beobachten läßt, jedoch ohne einen Abschwung in einer anderen spanischen Region. Auch in Schweden kann man eine Vergrößerung der Differenz zwischen den zentralen und peripheren Regionen beobachten. In Großbritannien wurden die Differenzen zwischen den Regionen minimal kleiner. Zwar hielten drei Regionen dem Tempo der Steigerung der Wirtschaftskraft in Europa nicht stand, allerdings erzielten insbesondere die schwachen Regionen eine Steigerung, wodurch sich die Differenzen verkleinerten.

5.2 Differenzen in den Arbeitslosenquoten¹⁰

Arbeitslosigkeit war 1989 vor allem in den südlichen Regionen der EU ein Problem, von den hier betrachteten Ländern besonders in Spanien. Durchschnittlich 17% der Erwerbspersonen in Spanien waren ohne Arbeit, in der wirtschaftsschwachen Region Sur sogar mehr als jede vierte. Dagegen wies die Region Madrid „lediglich“ 13% Arbeitslosigkeit auf. Weiterhin lagen Italien, Frankreich und die Niederlande über dem EU-15 Durchschnitt von 8,4% Arbeitslosigkeit. Von den drei Ländern unterhalb des EU-15 Durchschnitts erreichte Schweden das beste Ergebnis, hier waren 1989 durchschnittlich nur 1,7% der Erwerbspersonen arbeitslos, gefolgt von durchschnittlich 5,7% der Deutschen und durchschnittlich 7,4% der Briten.

Die Spannen zwischen den jeweiligen Regionen der Länder, in denen die niedrigste Arbeitslosigkeit im Vergleich zur jeweils höchsten Arbeitslosenquote herrschte, bewegten sich zwischen 26 Prozentpunkten (Niederlande) und 83 Prozentpunkten (Italien) bzw. 82 Prozentpunkten (Großbritannien). In der italienischen Region Campania war jeder fünfte von Arbeitslosigkeit betroffen, während die Region Lombardia lediglich eine Arbeitslosenquote von 3,5% aufwies. Eine ähnlich große Differenz auf etwa demselben Niveau offenbarte sich zwischen den britischen Regionen South East (3,1%) und Northern Ireland (17,7%). In der Bundesrepublik bildeten innerhalb der alten Bundesländer Baden-Württemberg mit 3,3% und Bremen mit 11% die Spannweite der Arbeitslosenquote. Diese Differenz ist relativ etwas kleiner als in Schweden, Italien und Großbritannien.

¹⁰ Die hier angegebenen Arbeitslosenquoten unterscheiden sich aus Definitionsgründen (Eurostatdefinition) von denen, die in vorangegangenen, Deutschland betreffenden Abschnitten ausgewiesen werden.

Tab. 11: Arbeitslosigkeit in ausgewählten europäischen Ländern 1989

EU 15 = 8,4 %	E	F	I	NL	S	UK	D West
Anzahl der Regionen	10	8	11	4	8	12	11
Durchschnitt in %	17,4	9,3	10	8,5	1,7	7,4	5,7
höchste Arbeitslosenquote in %	25,8	12,6	20,8	10,8	3,9	17,7	11
niedrigste Arbeitslosenquote in %	13,3	7,5	3,5	8	1	3,1	3,3
Arbeitslosenquote der schwächsten Region im Verhältnis zur stärksten Region des Staates in %	52	60	17	74	26	18	30
Spannweite zwischen schwächster und stärkster Region in Prozentpunkten	48	40	83	26	74	82	70

Daten: Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, eigene Berechnungen

Im Zeitverlauf haben sich die durchschnittlichen Arbeitslosenquoten in Schweden und in der Bundesrepublik Deutschland drastisch erhöht, in Frankreich und Italien geringfügig. In Spanien, den Niederlanden und Großbritannien sank die Arbeitslosenquote. Damit sind die Differenzen zwischen den durchschnittlichen Arbeitslosenquoten auf etwas höherem Niveau kleiner geworden, eine Kohäsion nachweisbar. Diese Annäherung erfolgte jedoch von beiden Polen aus, so daß man in den ehemals von geringen Arbeitslosenquoten betroffenen Ländern 1999 schlechtere Ergebnisse findet, während die 1989 von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Länder ihre Ergebnisse verbesserten.

Die Differenzen zwischen den Regionen innerhalb der betrachteten Länder entwickelten sich unterschiedlich. Von den Ländern, in denen die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank, wurden in Spanien und den Niederlanden die Differenzen zwischen den Regionen größer. In der Region Noord-Niederland herrscht 1999 eine nahezu doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie in der Region Oost-Niederland. Hier findet man die größte relative Differenz zwischen den Regionen eines Staates, dessen Arbeitslosenquote sich jedoch auf einem extrem niedrigen Niveau von durchschnittlich 3,3% befindet, nach Luxemburg die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU-15. In Spanien ist es nicht mehr die Hauptstadtregion, die die geringste Arbeitslosenquote aufweist, sondern die Region Este, die im Vergleich zur Region Sur eine etwa halb so hohe Arbeitslosigkeit berichtet. In Großbritannien ist die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt gesunken, und die Differenzen zwischen den Regionen wurden geringer. Allerdings profitierten nicht alle Regionen. In drei von 12 Regionen kam es hier zu geringfügigen Steigerungen der Arbeitslosenquote. In Frankreich stieg nicht nur die Arbeitslosenquote aller Regionen, auch die Differenzen zwischen den Regionen wurden größer. 1999 weist die am wenigsten von Arbeitslosigkeit betroffene Region Est eine ca. halb so hohe Arbeitslosenquote auf wie die Region Méditerranée. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote Frankreichs ist 1999 die dritthöchste der betrachteten Länder und die fünfthöchste der EU-15 Länder. In Italien, den alten

Bundesländern der Bundesrepublik und Schweden stieg die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Verringerung der Differenzen zwischen den Regionen. Dagegen ist die gesamte Bundesrepublik einer steigenden Arbeitslosigkeit und durch die deutsche Vereinigung einer deutlichen Vergrößerung der maximalen Differenzen zwischen den Bundesländern ausgesetzt. Die Tschechische Republik weist die größten Differenzen zwischen den Regionen auf, während sich das Niveau der Arbeitslosigkeit im mittleren Bereich der verglichenen Staaten befindet.

Tab. 12: Arbeitslosigkeit in ausgewählten europäischen Ländern 1999

EU 15 = 9,4 %	E	F	I	NL	S	CZ	UK	D West	D 16	D Ost 5
Anzahl der Regionen	10	8	11	4	8	8	12	11	16	5
Durchschnitt in %	16,1	11,4	11,7	3,3	7,6	8,5	6,1		8,9	
höchste Arbeitslosenquote in %	25,1	16,5	24,8	5,3	10,3	13,7	9,9	11,4	19,9	19,9
niedrigste Arbeitslosenquote in %	11,8	8,4	4,7	3	5,2	3,2	3,2	5	5	14,3
Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zu 1989	-1,3 %	+2,1 %	+1,7 %	-5,2 %	+5,9 %	n.v.	-1,3 %	+X %*	+X%**	+X %*
Arbeitslosenquote der schwächsten Region im Verhältnis zur stärksten Region des Staates in %	47	51	19	57	50	23	32	44	25	72
Spannweite zwischen schwächster und stärkster Region in Prozentpunkten	53	49	81	43	50	77	68	56	75	28
Entwicklung der Spannweite (1988 = 100)	109	121	97	167	67	n.v.	82	80	100+X*	100+X*

* Trendaussagen aufgrund des Zeitvergleiches 1993–1998 mit Daten des Statistischen Bundesamtes.

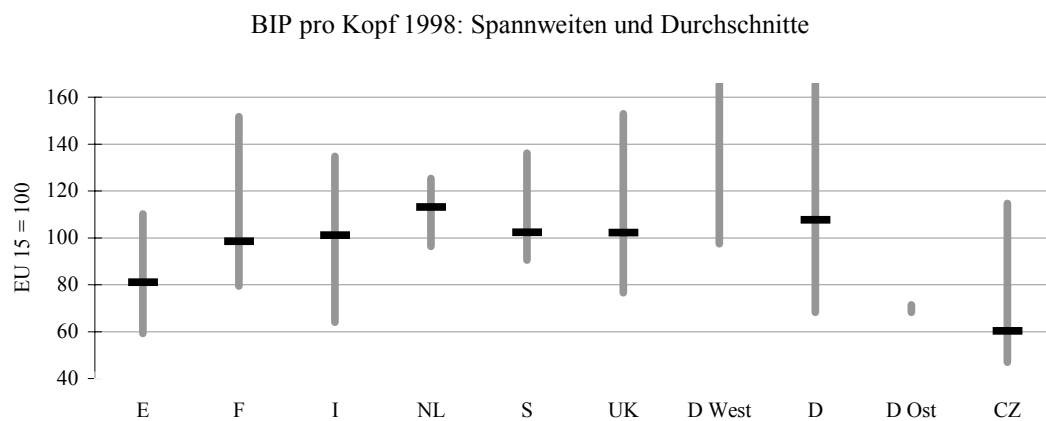
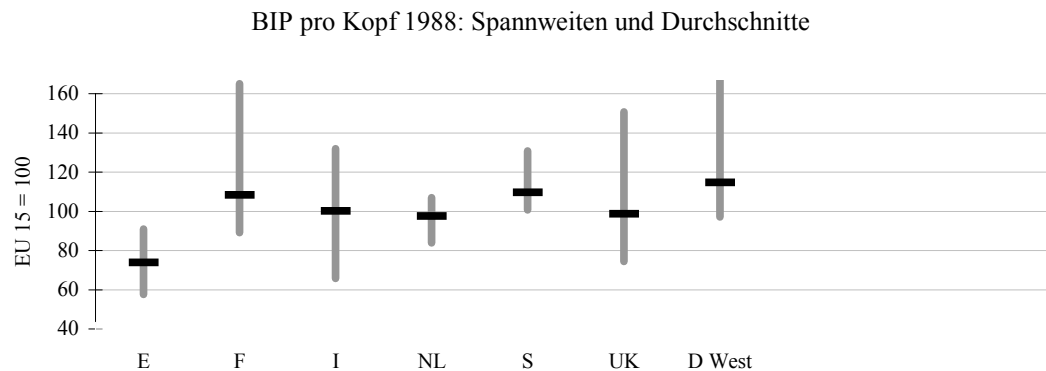
** Zeitvergleich aufgrund veränderter Grundgesamtheit nicht möglich, die Daten des Statistischen Bundesamtes belegen jedoch eine gestiegene Arbeitslosenquote im Zeitvergleich 1993-1998.

Daten: Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, eigene Berechnungen

5.3 Deutsche und europäische Differenzen im Vergleich

In Deutschland liegen sowohl das Niveau und die Entwicklung der Wirtschaftskraft als auch die Differenzen zwischen den Bundesländern im Rahmen dessen, wie es sich in anderen europäischen Ländern darstellt. Mit der deutschen Vereinigung verschlechterte sich das relative Niveau Deutschlands im Gefüge der EU, obwohl die alten und die neuen Bundesländer für sich betrachtet, ihre jeweiligen Positionen im EU-Gefüge innerhalb des Zehnjahreszeitraums verbessert haben. Die innerdeutsche Spannweite wurde größer.

Abb. 2: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit europäischer Länder 1988 und 1998

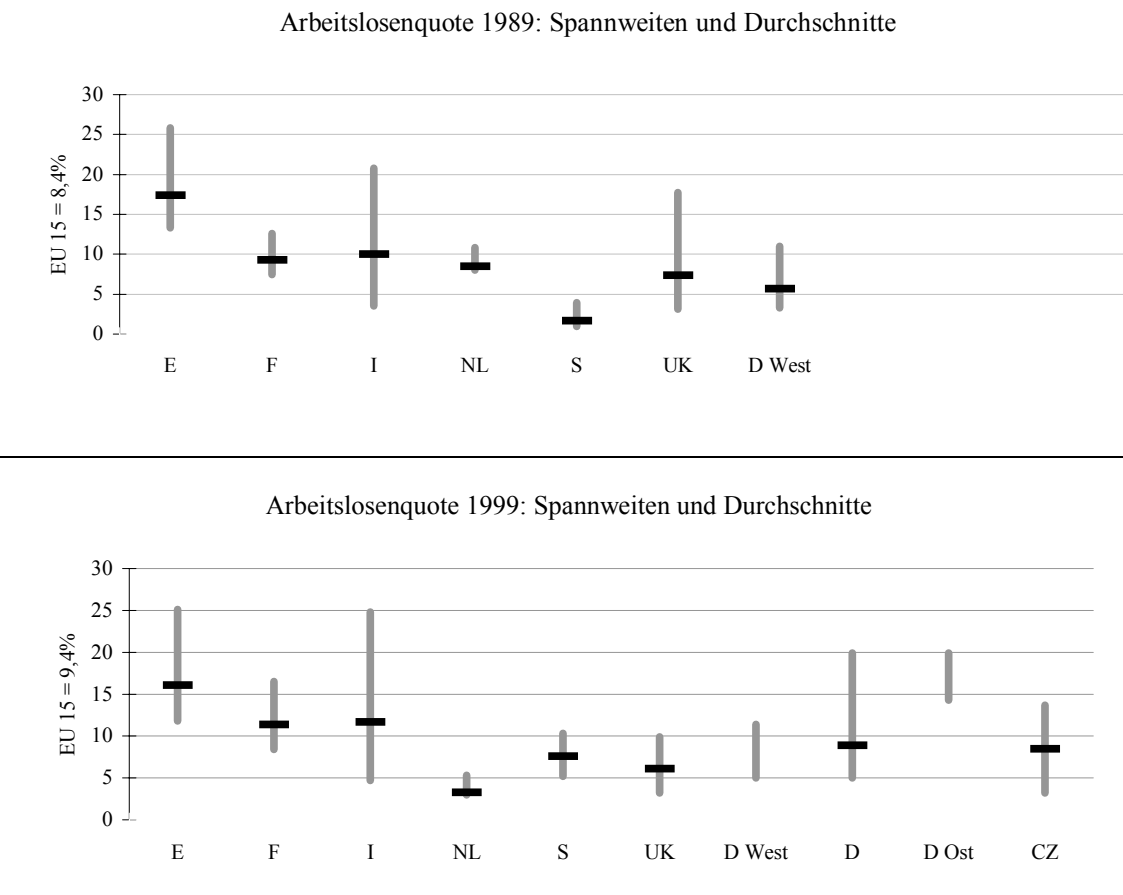


Daten: Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Dennoch hat man es verstanden, die Belastungen durch die deutsche Vereinigung nicht in extrem negative Entwicklungen der Divergenz zwischen den Regionen münden zu lassen. Die beobachtbaren Differenzen sind zwar relativ groß, aber nicht außergewöhnlich. Andere große europäische Länder weisen ähnliche oder höhere Differenzniveaus und Divergenzentwicklungen auf, ohne daß diese Sonderbelastungen ausgesetzt waren. Die Wirtschaftskraft Deutschlands verglichen mit der EU-15 befindet sich 1998 noch immer über dem Durchschnitt.

Auch die deutsche Spannweite der Arbeitslosigkeit vergrößerte sich durch die deutsche Vereinigung erheblich. Es ist nicht gelungen, dieses Problem zu lösen. Bei einem steigenden Gesamtniveau ist dies gleichbedeutend mit einer besonders negativen Entwicklung, bei der die Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ebenso einen Zuwachs der Arbeitslosigkeit verzeichnen, wie die Regionen mit ehemals geringen Arbeitslosenquoten.

Abb. 3: Arbeitslosigkeit in ausgewählten europäischen Ländern 1989 und 1999



Daten: Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Doch auch dies ist im europäischen Vergleich kein Einzelfall. Italien weist im Jahre 1999 die größten Unterschiede in den Arbeitslosenquoten zwischen den Regionen auf. Ebenso ist Frankreich von vergrößerten regionalen Differenzen bei gleichzeitig gestiegener Gesamtquote betroffen. Hier sind in den späten neunziger Jahren durchschnittlich sogar mehr Menschen arbeitslos als in der Bundesrepublik. Eine leichte Vergrößerung der Regionaldifferenzen läßt sich auch in Spanien beobachten, allerdings bei positiver Entwicklung des Gesamtniveaus.

Durch einen Vergleich europäischer Länder wurde der Beweis erbracht, daß die Bundesrepublik ihre erfolgreiche Entwicklung auch in den neunziger Jahren fortgesetzt hat. Die durchaus größer gewordenen innerdeutschen Differenzen sind trotz der Vereinigungsbelastungen nicht außergewöhnlich hoch.

Dennoch, und dies ist eine Aufgabe des Committee of the Regions und der Regionen, vertreten durch Landesparlamente, sollte zukünftig stärkeres Augenmerk auf regionale Entwicklungen gelenkt werden, um den Zusammenhalt in der Europäischen Union zu sichern.

6 Resümee und Ausblick

Die Entwicklung der Lebensumstände in der Bundesrepublik in den Jahren zwischen 1993 und 1998 ist mit Abstrichen als positiv zu bezeichnen. Auf der gesamtdeutschen Ebene weisen 13 von 24 hier getesteten Indikatoren eine positive Entwicklungsbilanz auf. In weiteren vier Indikatoren blieb das Niveau der Bedingungen bzw. Bewertungen im Zeitvergleich stabil. Jedoch kam es in 7 Indikatoren zu Verschlechterungen des gesamtdeutschen Durchschnittes. Betroffen sind der Bereich der Gesundheit, freundschaftliche Beziehungen, die gesellschaftliche Partizipation, der Zugang zum Arbeitsmarkt, das Empfinden von Glück und die allgemeine Zufriedenheit mit dem Leben. Diese Entwicklungen sind im wesentlichen auf die alten Bundesländer zurückzuführen. In den neuen Bundesländern lassen sich mehr positive Entwicklungen beobachten. 19 von 22 Indikatoren weisen hier eine positive Entwicklungsrichtung oder ein gleich gebliebenes Niveau aus. Probleme offenbaren sich im Osten v. a. im persönlichen Lebensbereich. Die Arbeitslosenquote stieg, mehr Menschen nehmen Medikamente ein, und man ist mit der Gesundheit 1998 weniger zufrieden als fünf Jahre zuvor. Auf der gesellschaftlichen Ebene läßt sich eine gesunkene Bereitschaft zu gesellschaftlicher Partizipation nachweisen. Ein im Zeitvergleich gesunkener Anteil fabrikneu zugelassener PKW in den neuen Bundesländern kann nur eingeschränkt als negative Entwicklung bezeichnet werden. Nach einer Hochkonjunktur in den frühen Jahren der Vereinigung hat sich das Kaufverhalten normalisiert und dem schmaleren Geldbeutel angepaßt.

Auch der Fortgang des deutschen Vereinigungsprozesses, gemessen durch Annäherungen der Ost-West-Durchschnittswerte über die Zeit, kann mit Einschnitten als erfolgreich bezeichnet werden. Eine Angleichung der Lebensbedingungen Ostdeutschlands an westdeutsche Niveaus wird zwar langsamer erreicht, als von vielen erwartet, jedoch geht die Entwicklung in die richtige Richtung. In 17 von 24 Indikatoren kam es zu eindeutigen Annäherungen. Nur in 6 Indikatoren wurden die Ost-West-Abstände größer. Besonders im materiellen Lebensbereich kann man von einer positiven Entwicklung sprechen. Hier holten die neuen Bundesländer kräftig auf, wenngleich westdeutsche Niveaus noch nicht erreicht werden. Auch im Bereich der Globalmaße des Wohlbefindens lassen die Ergebnisse diesen Schluß zu. Hier gehen die Durchschnittswerte Ost und West im Zeitvergleich lediglich bei der Einschätzung der zukünftig erwarteten Lebensbedingungen auseinander.

Tab. 13: Entwicklung von Bedingungen, Bewertungen und Differenzen 1993-1998

Indikatoren	durchschnittliche Bedingungen des Lebens und deren Bewertungen			durchschnittliche Abstände zwischen:		maximale Differenzen zwischen den Bundesländern in:		
	Gesamt	West	Ost	West / Ost	Stadt / Land	Gesamt	West	Ost
Materielle Lebensbereiche								
Nettoeinkommen	+	+	+	K	D	D	D	D
BIP/Kopf	+	+	+	K	+/-	D	D	D
Anteil neuer PKW *	+	+	-	K	K	D	D	D
Zufriedenheit mit dem Einkommen	+/-	-	+	K	+/-	D	D	D
Zufriedenheit mit dem Lebensstandard	+/-	-	+	K	+/-	K	K	+/-
Persönliche und soziale Lebensbereiche								
Menschen ohne enge Freunde	-	-	+	K	+/-	K	D	+/-
Arbeitslosenquote	-	-	-	D	D	D	D	D
regelmäßig Medikamente	-	-	-	D	+/-	K	K	K
Zufriedenheit mit dem Familienleben	+	+/-	+	K	+/-	K	K	+/-
Befürchtung, selbst arbeitslos zu werden	+	+	+	K	+/-	K	K	K
Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz	+/-	+/-	+	K	D	+/-	+/-	D
Zufriedenheit mit der Gesundheit	+	+	-	D	+/-	K	K	+/-
Öffentliche Lebensbereiche und Problemwahrnehmung								
Gesamtzahl Kriminalität	+	+	+	+/-	D	D	D	D
Wahlbeteiligung **	+	+	+	K	K	K	K	K
keine Mitgliedschaften	-	+/-	-	D	K	D	D	K
Zufriedenheit mit der öffentl. Sicherheit	+	+	+	K	D	K	K	D
Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Betätigung	+	+	+	K	+/-	D	D	D
Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen	+	+	+	D	D	+/-	D	+/-
Globalmaße des Wohlbefindens und Zukunftserwartungen								
Allgem. Lebenszufriedenheit	-	-	+	K	D	K	+/-	D
Anteile glücklicher Menschen	-	-	+/-	K	D	D	D	K
Anomische Reaktionen	+	+	+	K	K	K	D	D
Menschen mit Zukunftsoptimismus	+/-	+/-	+	K	K	K	K	K
Einschätzung der derzeitigen Lebensbedingungen	+	+/-	+	K	+/-	+/-	D	+/-
.... der Lebensbedingungen in 5 Jahren	+	+	+/-	D	D	D	D	K
Legende: (-) Bedingungen oder Bewertungen verschlechtert (+) Bedingungen oder Bewertungen verbessert (+/-) kein Unterschied K Konvergenzentwicklung beobachtbar, d. h. Abstände oder Differenzen sind kleiner geworden. D Divergenzentwicklung beobachtbar, d. h. Abstände oder Differenzen sind größer geworden.								
* Zeitvergleich zwischen 1993 und 1999								
** Zeitvergleich zwischen 1990 und 1998								
Daten: vom einzeln zitiert – Quellenangaben in der Literaturliste, eigene Darstellung								

Ein deutliches Auseinanderdriften der durchschnittlichen ost- und westdeutschen Lebensbedingungen offenbart sich dagegen beim Zugang zur Erwerbsarbeit, der gesellschaftlichen Partizipation, der individuellen Bewertung der Konflikthaftigkeit individueller deutsch-deutscher Beziehungen und im Gesundheitszustand. Die subjektiven Bewertungen sind in der Ost-West-Gegenüberstellung bei der Zufriedenheit mit der Gesundheit differenter.

Umfangreichere Analysen der Lebensqualität in der Ost-West-Gegenüberstellung wurden immer wieder vorgelegt und bestätigen das hier gezeichnete Bild (vgl. v. a. Datenreports versch. Jahre). Welchen Vorteil verschafft nun die Betrachtung der einzelnen Bundesländer? Für die Bundesrepublik gilt auch zum Beginn des 21. Jahrhunderts, daß die Behauptung von Ost-West-Differenzen als deutlichstes Einteilungskriterium bei der Betrachtung der Lebensqualität in ihrer Grundtendenz richtig ist. Was jedoch in der Ost-West-Gegenüberstellung nur bedingt betrachtet werden kann, ist die Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. In manchen Teilbereichen des Lebens offenbaren sich verschwimmende Grenzen zwischen einigen Bundesländern in Ost und West. Dies ist eine positive Entwicklung wenn sie nicht auf einer Absenkung der Niveaus beruht. Einige Länderdifferenzen haben sich dagegen v. a. innerhalb der alten Bundesrepublik vergrößert, teilweise sogar so stark, daß sie die Ost-West-Differenzen übersteigen.

In 10 von 24 Indikatoren sind die Spannweiten zwischen den Bundesländern größer geworden. Betrachtet man die alten Bundesländer für sich, gilt dies sogar für 14 von 24 Indikatoren. Dies bedeutet eine zunehmende Differenzierung in „erfolgreich“ und „erfolglos“ oder „hoch zufrieden“ und „weniger zufrieden“. Auch die neuen Bundesländer weisen am Ende der neunziger Jahre eine größere Unterschiedlichkeit zueinander auf. Diese Entwicklung ist angesichts des hohen Homogenitätsgrades zum Zeitpunkt der Wende jedoch als nicht dramatisch einzustufen. Rainer Geißler (1992: 21f.) bezeichnete den Abbau leistungshemmender Nivellierungstendenzen in Ostdeutschland sogar als eines der „Anpassungserfordernisse“, die als Bedingung für eine erfolgreiche Transformation gelten. Dennoch kann auch hier der Zusammenhalt nicht zu Gunsten der überaus positiven oder negativen Entwicklung einiger weniger Regionen aufs Spiel gesetzt werden.

Eine zunehmende soziale und wirtschaftliche Differenzierung paßt nur bedingt in die deutsche Vorstellung von Gerechtigkeit. Nur zum Teil werden Unterschiedlichkeit und Wettbewerb zwischen den Bundesländern als Motoren innovativer Dynamik angesehen. Die institutionellen Arrangements in Deutschland charakterisieren sich vielmehr durch ein tiefes Mißtrauen gegenüber zuviel Wettbewerb und zuviel Differenz. Die wichtigste Aufgabe des kooperativen Föderalismus in Deutschland, insbesondere des Föderalismus auf der fiskalischen Ebene in Verbindung mit einem mehr oder weniger zentralistischen Sozialstaat, bleibt weiterhin das Schaffen der Voraussetzungen für möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse. Doch gerade diese unterscheiden sich zwischen den Bundesländern, sieht man von der Sondersituation in den Jahren nach der deutschen

Vereinigung ab, sogar mehr denn je. Allerdings, und dies belegen auch die subjektiven Wahrnehmungen der Menschen im Lande, bewegen sich die deutschen Differenzen auf einem durchaus tolerablen Niveau. Auch ein europäischer Vergleich bescheinigt keine außergewöhnlichen regionalen Unterschiede in der Bundesrepublik.

Doch wie geht es weiter, mit den deutschen Bundesländern und den Differenzen zwischen ihnen? Die Welt verändert sich mit größer werdender Geschwindigkeit. Unter dem Begriff der Globalisierung, welcher in der wissenschaftlichen Literatur, aber auch in der Presse immer häufiger als Schlagwort und titelgebendes Motto dient, verbergen sich Prozesse erhöhter wirtschaftlicher Aktivitäten, sinkende Transport- und Kommunikationskosten und mobiles Kapital im weltweiten Maßstab. Gerade dieser weltweite Maßstab ist es, der die Investoren die jeweiligen Bedingungen und Gegebenheiten eines zukünftigen Standortes und immer genauer auf den Prüfstand stellen läßt. Vorteile und Nachteile bestimmter Regionen, Länder und Staaten werden nach den Kriterien der Wirtschaftlichkeit im langfristigen Rahmen beurteilt. Dadurch gibt es auch innerhalb Deutschlands trotz Regulation einen echten Wettbewerb potentieller Standorte. Enorme Geldsummen werden von Städten und Regionen investiert, um sich als zukünftige Wirtschaftsstandorte zu präsentieren. Dadurch will man den Menschen Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Aber das ist nicht alles. Mehr sichere Einkommen ermöglichen mehr Konsum. Höhere Steuereinnahmen eröffnen einen größeren Spielraum. Den jungen Menschen zeigt man Perspektiven auf, sie bleiben in der Region. Im besten Fall steigt dadurch die Geburtenrate. Wissenschaft und Forschung erleben einen Aufschwung. Die Menschen werden mit der Landespolitik zufriedener sein. Sofern man von eventuell schlechterer Umweltqualität durch die Ansiedlung großer Industriebetriebe absieht: Die Lebensqualität der Menschen steigt.

Von einem ökonomischen Standpunkt aus gesehen sind die deutschen Regulationsmechanismen ein Nachteil. Der Länderfinanzausgleich, Flächentarifverträge und andere Beschränkungen hemmen die positive Entwicklung einiger Zentren, jedoch aus gutem Grund. Ohne eine Regulation zugunsten gleichwertiger Lebensbedingungen innerhalb der Bundesrepublik käme es zu deutlicheren Divergenzentwicklungen. Hamburg könnte beispielsweise von einem starken Dienstleistungssektor profitieren und dadurch die Stellung als wirtschaftsstärkstes Bundesland ausbauen, während die neuen Bundesländer nur unter großen Mühen eine positive Entwicklung erzielen könnten. Die Migration in Richtung der urbanen Zentren würde sich aller Voraussicht nach verstärken, wie es die drastischen Beispiele in einigen Staaten aufzeigen, wo die großen, prosperierenden Städte als Projektionsflächen individueller Hoffnungen auf ein besseres Leben agieren. Der Zustrom Hunderttausender vergrößert jedoch nur die vorhandenen Probleme.

Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland ist es wichtig, die Entwicklung der Lebensbedingungen und des Wohlbefindens in den Ländern und Regionen sozialwissenschaftlich zu begleiten. Erst durch eine solche Betrachtung wird es möglich, zum einen die Regionen und Länder und zum anderen die Lebensbereiche zu

lokalisieren, in denen besonders negative oder positive Ergebnisse erzielt werden. Der gerechte Ausgleich des sichtbar gewordenen positiven und negativen „Output“ des Wettbewerbs der Länder ist auch weiterhin ein wichtiger Maßstab zur Messung erfolgreicher deutscher Politik auf allen Ebenen.

Literatur

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 1995: Europa in Zahlen. Luxemburg

Andersen, Uwe 1993: Bundesstaat/Föderalismus. In: Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, S. 65-73

Bauer, Raymond A. 1966: Social Indicators, MIT Press Cambridge

Bulmahn, Thomas 1997: Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 40-41/97, S. 30-38

Campbell, Angus 1972: Aspiration, Satisfaction and Fulfillment. In: Campbell, Angus/Phillip Converse (Hrsg.), The Human Meaning of Social Change. New York, S. 441-446

Campbell, Angus/Philip E. Converse/Willard E. Rogers 1976: The Quality of American Life. Perceptions, Evaluation and Satisfaction. New York

Committee of the Regions (COR) 2001: The Committee of the Regions: five questions, five answers, http://www.cor.eu.int/corz_de.htm, date: 29.Mai 2001

Datenreport (verschiedene Jahre): Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) Mannheim

Delhey, Jan 2001: The Prospects of Catching up for New EU Members. Working Paper FS III 01 - 403 der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Dümke, Wolfgang/Fritz Vilmar (Hrsg.) 1995: Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses. Münster

Durkheim, Emile 1988: Über soziale Arbeitsteilung. Frankfurt/Main

Erikson, Robert 1974: Welfare as a Planning Goal. In: acta sociologica. Vol. 17, No 3 Oslo, S. 273-288

Fitzmaurice, John 1996: Die EU auf dem Weg ins nächste Jahrhundert. In: Röttinger, Moritz/Claudia Weyringer (Hrsg.), Handbuch der europäischen Integration. Wien, S. 370-413

Geißler, Rainer 1992: Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 29-30,, S. 15-43

Grundgesetz mit Kommentierung 2000: 5. neu bearb. Auflage, Regensburg

Hauser, Richard 2001: Einkommen und Vermögen. In: Schäfers, Bernhard/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen, S. 157-170

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001: Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuß und den Ausschuß der Regionen. Zweiter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Brüssel

Mäding, Heinrich 1993: Öffentliche Finanzen. In: Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, S. 369-377

Mau, Steffen 1996: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. In: Zapf, Wolfgang/Roland Habich: Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Berlin, S. 51-78

Noll, Heinz-Herbert 1994: Gesellschaftliche Konflikte und soziale Integration. In: Wissenschaftszentrum Berlin/Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen Mannheim: Datenreport 1994, zweiter Teil, S. 608-616

Noll, Heinz-Herbert 2000: Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte: Arbeitspapier P 00-505 des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Pigou, Arthur Cecil 1978: The economics of welfare (3. Auflage), New York

Pollack, Detlef 1996: Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen. In: Soziologische Revue Heft 19 München S. 412-429

Polizeiliche Kriminalstatistik. 1993 und 1998. Herausgegeben vom Bundeskriminalamt. Wiesbaden

Riedmüller, Barbara 1994: Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland – Interessenlagen und Interessengruppen. In: BISS public Vol. 14, S. 11-22

Rose, Richard 1994: Germans East and West. A comparative Analysis. In: University of Strathclyde (Hrsg.), Studies in Public Policy 210

Schoneweg, Egon 1996: Regionalpolitik. In: Röttinger, Moritz/Claudia Weyringer (Hrsg.), Handbuch der europäischen Integration. Wien, S. 809-845

Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/2001: Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland. Stuttgart

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. 1993, 1994, 1995, 1998, 1999, 2000, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt. Wiesbaden

Statistische Mitteilungen des Kraftfahrzeug-Bundesamtes. Reihe 1, Heft 6/2000. Flensburg

Thierse, Wolfgang 2001: „Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland“ Wochenzeitung - Die Zeit, Hamburg, 03.01.2001

Vogel, Joachim 1997: The Future Direction of Social Indicator Research. In: Social Indicators Research Vol. 42, No. 2, Boston, S. 103-116

Zapf, Wolfgang 1977: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik, Frankfurt

Zapf, Wolfgang 1984: Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: Glatzer, Wolfgang/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Lebensqualität in der Bundesrepublik. Frankfurt/New York, S. 13-27

Zapf, Wolfgang 2001: Modernisierung und Transformation. In: Schäfers, Bernhard/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen, S. 492-502

Zapf, Wolfgang et al. 1987: German Social Report. In: Social Indicators Research Vol. 19, No. 1, Boston

Zapf, Wolfgang/Jan Delhey 2002: Deutschland und die vierte EU-Erweiterung. In: Burkart, Günter/Jürgen Wolf (Hrsg.), Lebenszeiten. Erkundungen zur Soziologie der Generationen. Opladen, S. 359 - 371

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

- früher: Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“

Die Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* hat einen grundlagenwissenschaftlichen Schwerpunkt in der Analyse des sozialstrukturellen Wandels moderner Gesellschaften und einen anwendungsorientierten Schwerpunkt in der Sozialberichterstattung; die Forschungsaufgaben liegen in der Dauerbeobachtung des sozialstrukturellen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung. Die theoretischen Orientierungen stammen aus der Modernisierungstheorie und der Theorie der Wohlfahrtsproduktion.

MitarbeiterInnen in der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

Prof. Dr. Wolfgang Zapf (Leiter)
Dr. Roland Habich (Koordinator)

Petra Böhnke, Diplomsoziologin
Thomas Bulmahn, Diplomsoziologe
Dr. Jan Delhey
Dr. Wilhelm Hinrichs

Ricarda Nauenburg, Diplomsozialwissenschaftlerin
Dr. sc. Eckhard Priller

Bitte senden Sie mir die folgenden Veröffentlichungen zu
Pro paper bitte **0,51 Euro-Briefmarke** beilegen

- Bitte einen beschrifteten Adressenaufkleber beilegen •

WZB
WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN
FÜR SOZIALFORSCHUNG

Paper-Nr., Autor

Name _____

Institution _____

Straße _____

Ort _____

Datum /
Unterschrift _____

Bestellung bitte einsenden an:

WZB • Abt. Sozialstruktur und Sozialberichterstattung • Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin

Auswahl der Arbeitspapiere (Stand: September 2002)

Abteilungsübergreifend

- FS III 96-301 The Mass Media and Modern Government
Kenneth Newton
- FS III 96-302 Das intermediäre System der Politik als Orientierungssystem der Bürger
Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Dieter Rucht und Bernhard Weßels

Abteilung 1 „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“

- FS III 90-101 Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze.
Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt
- FS III 92-101 Anbieter von öffentlichen politischen Veranstaltungen in West-Berlin.
Barbara Blattert
Nachfrager und wahrgenommenes Angebot von öffentlichen politischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik.
Jürgen Gerhards
- FS III 92-103 Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat), Codebuch.
Dieter Rucht, Peter Hocke und Thomas Ohlemacher
- FS III 93-101 Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.
Jürgen Gerhards
- FS III 93-102 Selbstkontrolle in den Medien: Der Deutsche Presserat und seine Möglichkeiten.
Jessica Eisermann
- FS III 93-103 Prominenz in der Bundesrepublik.
Birgit Peters
- FS III 94-101 Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?
Barbara Blattert, Dieter Rink und Dieter Rucht
- FS III 95-101 A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe.
Ruud Koopmans
- FS III 95-103 German Unification, Democratization and the Role of Social Movements: A Missed Opportunity.
Dieter Rucht
- FS III 95-105 Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994.
Jürgen Gerhards und Monika Lindgens
- FS III 97-101 Citizenship, National Identity and the Mobilisation of the Extreme Right. A Comparison of France, Germany, the Netherlands and Switzerland
Ruud Koopmans and Hanspeter Kriesi
- FS III 98-101 Proteststrukturen im Ost-West-Vergleich 1989 - 1992
Susann Burchardt

- FS III 98-103 Die Branchenstruktur der Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1996. Eine deskriptive Analyse
Simone Wack
- FS III 98-104 Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925-1930
Helmut K. Anheier, Friedhelm Neidhardt und Wolfgang Vorkamp
- FS III 98-105 Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany
Ruud Koopmans and Paul Statham
- FS III 98-106 Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders und Barbara Pfetsch
- FS III 98-107 Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Christiane Eilders und Albrecht Lüter
- FS III 99-101 Government News Management - Strategic Communication in Comparative Perspective
Barbara Pfetsch
- FS III 99-102 (Re)constructing Community in Berlin; Of Jews, Turks and German Responsibility
Jonathan Laurence
- FS III 99-103 "In Russia we were Germans, and now we are Russians." - Dilemmas of Identity Formation and Communication among German-Russian Aussiedler
Barbara Pfetsch

Abteilung 2 „Institutionen und sozialer Wandel“

- FS III 91-201 Ein analytisches Schema zur Klassifikation von Politikgehalten.
Edeltraud Roller
- FS III 93-202 Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses.
Dieter Fuchs
- FS III 93-203 A Metatheory of the Democratic Process.
Dieter Fuchs
- FS III 93-205 Mass Media: Political Independence of Press and Broadcasting Systems.
Katrin Voltmer
- FS III 94-201 Democratic Transformation and the Prerequisites of Democratic Opposition in East and Central Europe.
Bernhard Wessels und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 94-202 Cultural Conditions of the Transformation to Liberal Democracies in Central and Eastern Europe.
Dieter Fuchs und Edeltraud Roller
- FS III 94-206 The Evolution of Western Foreign Aid Programs.
Thomas R. Cusack und Joyce P. Kaufman
- FS III 96-201 Political Science: The Discipline.
Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 96-202 Contexts of Political Protest in Western Democracies: Political Organization and Modernity.
Edeltraud Roller und Bernhard Wessels

- FS III 96-203 Problemreich und konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung.
Thomas R. Cusack und Bernhard Weßels
- FS III 96-204 Social Alliances and Coalitions: The Organizational Underpinnings of Democracy in West Germany.
Bernhard Wessels
- FS III 96-205 Abbau des Sozialstaats. Einstellungen der Bundesbürger zu Kürzungen von Sozialleistungen in den neunziger Jahren.
Edeltraud Roller
- FS III 96-206 System Characteristics Matter: Empirical Evidence from Ten Representation Studies.
Bernhard Wessels
- FS III 96-207 Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung.
Dieter Fuchs
- FS III 96-208 Legislative Recruitment in Germany: Professionalization or Political Class?
Bernhard Wessels
- FS III 97-201 Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments.
Thomas R. Cusack
- FS III 97-202 The Electoral Process in the Unified Germany.
Dieter Fuchs und Robert Rohrschneider
- FS III 97-203 Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien
Dieter Fuchs
- FS III 98-201 Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich.
Christian Welzel
- FS III 98-202 Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis.
Hans-Dieter Klingemann
- FS III 98-203 Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes.
Hans-Dieter Klingemann und Richard I. Hofferbert
- FS III 98-204 The Political Culture of Unified Germany
Dieter Fuchs
- FS III 99-201 Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation.
Christian Welzel und Thomas R. Cusack
- FS III 99-202 Analyzing Democratic Change and Stability: A Human Development Theory of Democracy.
Christian Welzel und Ronald Inglehart
- FS III 99-203 Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften.
Dieter Fuchs
- FS III 99-204 Die demokratische Gemeinschaft in den USA und in Deutschland.
Dieter Fuchs
- FS III 99-205 Political Consequences of Germany's Mixed-Member System: Personalization at the Grass-Roots?
Hans-Dieter Klingemann und Bernhard Wessels

- FS III 00-201 Structures of diversity of press and broadcasting systems: The institutional context of public communication in Western democracies.
Katrin Voltmer
- FS III 00-202 Ideology-Driven Public Opinion Formation in Europe: The Case of Third Sector Attitudes in Sweden.
Staffan Kumlin
- FS III 00-203 Industrielle Beziehungen in Ostdeutschland: Zwischen Eigensinn und Paternalismus.
Wolfgang Schroeder
- FS III 00-204 Ministerial Bureaucracies as Stand-In Agenda Setters? A Comparative Description.
Kai-Uwe Schnapp
- FS III 00-205 Typen und Indizes demokratischer Regime. Eine Analyse des Präsidentialismus- und des Veto-Spieler-Ansatzes.
Dieter Fuchs
- FS III 00-206 Eastward Enlargement of the European Union and the Identity of Europe.
Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 00-207 Democracy and Its Discontents in Post-Wall Germany.
Richard I. Hofferbert und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 01-201 Human Development as a General Theory of Social Change: A Multi-Level and Cross-Cultural Perspective.
Christian Welzel, Ronald Inglehart und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 01-202 Human Development and the "Explosion" of Democracy: Variations of Regime Change across 60 Societies.
Christian Welzel und Ronald Inglehart
- FS III 01-203 Types and Indices of Democratic Regimes.
Dieter Fuchs
- FS III 01-204 Regierungsstabilität in Osteuropa. Der Einfluss von Parlamenten und Parteien.
Philipp Harfst
- FS III 02-201 Manifesto Coding Instructions (Second Revised Edition).
Andrea Volkens
- FS III 02-202 Contextual Effects on the Vote in Germany: A Multilevel Analysis.
Jan Pickery

Abteilung 3 „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

- FS III 98-401 Inequality and Support for Redistributive Policy: One World of Post-Communism, Two Worlds of Western Capitalism?
Jan Delhey
- FS III 98-402 Über die Möglichkeit einer kontinuierlichen und zügigen Fortsetzung des chinesischen Modernisierungsprozesses
Li Pengcheng
- FS III 98-403 Lebensstile im Zeitvergleich: Typologien für West- und Ostdeutschland 1993 und 1996
Annette Spellerberg und Regina Berger Schmitt
- FS III 98-404 Teilzeitbeschäftigte in Europa. Arbeitsbedingungen, Familienkontext, Motive und subjektive Bewertungen
Karin Schulze Buschoff und Jana Rückert

- FS III 98-405 Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich. Welche Faktoren beeinflussen Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche?
Karin Schulze Buschoff, Inge Weller und Jana Rückert
- FS III 98-406 Rette sich, wer kann? Die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung und die Privatisierung der Altersvorsorge
Thomas Bulmahn
- FS III 98-407 Taking Stock: German Unification as Reflected in the Social Sciences
Thomas Bulmahn
- FS III 99-401 Wohnsuburbanisierung am Beispiel Berlin. Ein Erklärungsrahmen
Wilhelm Hinrichs
- FS III 99-402 Income Dynamics in Three Societies. An investigation of social dynamics using "old" and "new" types of social indicators
Zsolt Spéder, Roland Habich
- FS III 99-403 Inequality and Attitudes. Postcommunism, Western Capitalism and Beyond
Jan Delhey
- FS III 99-404 Social Reporting in the 1970s and 1990s
Wolfgang Zapf
- FS III 99-405 New Structures of Inequality. Some Trends of Social Change in Modernized Societies
Heinz-Herbert Noll
- FS III 99-406 Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. Individuelle Dynamik und Haushaltskontext im Ländervergleich
Karin Schulze Buschoff unter Mitarbeit von Jana Rückert-John
- FS III 99-407 Komparative und nicht-komparative Ansätze zur Analyse der Europäisierung der Sozialstrukturen
Bernhard Schäfers
- FS III 99-408 Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland
Petra Böhnke, Jan Delhey
- FS III 99-409 Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ost- und Westdeutschland
Wilhelm Hinrichs
- FS III 99-410 Demokratieentwicklung und Mitwirkung in Ostdeutschland
Eckhard Priller
- FS III 99-411 Attribute einer lebenswerten Gesellschaft: Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit
Thomas Bulmahn
- FS III 99-412 Über die materielle zur inneren Einheit? Wohlstandslagen und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland
Jan Delhey, Petra Böhnke
- FS III 99-413 Poverty in a Multidimensional Perspective. Great Britain and Germany in Comparison
Petra Böhnke, Jan Delhey
- FS III 00-402 Modernity and Happiness. The Case of Germany
Thomas Bulmahn
- FS III 00-403 Understanding Regime Support in New Democracies. Does Politics Really Matter More Than Economics
Jan Delhey, Verena Tobsch
- FS III 00-404 How to evaluate German unification?
Wolfgang Zapf

- FS III 01-401 The Euromodule. A New Instrument for Comparative Welfare Research
Jan Delhey, Petra Böhnke, Roland Habich, Wolfgang Zapf
- FS III 01-402 Nothing Left to Lose? Poverty and Social Exclusion in Comparison.
Empirical Evidence on Germany
Petra Böhnke
- FS III 01-403 The Prospects of Catching Up for New EU Members. Lessons for the Accession Countries
to the European Union from Previous Enlargements
Jan Delhey
- FS III 01-404 Why Social Policy Needs Subjective Indicators
Ruut Veenhoven
- FS III 01-405 Patterns of Popular Support for the Welfare State. A Comparison of the United Kingdom
and Germany
Steffen Mau
- FS III 01-406 Social Cleavages and Political Conflicts in the Contemporary Czech Society
Pavel Machonin
- FS III 01-407 Reporting on Social Exclusion: Standard of Living and Social Participation in Hungary,
Spain, and Germany
Petra Böhnke
- FS III 02-401 Korruption in Bewerberländern zur Europäischen Union. Institutionenqualität und
Korruption in vergleichender Perspektive
Jan Delhey
- FS III 02-402 Who Trusts? The Origins of Social Trust in Seven Nations
Jan Delhey, Kenneth Newton
- FS III 02-403 Zur Entwicklung der privaten Altersvorsorge. Vorsorgebereitschaft, Vorsorgeniveau und
erwartete Absicherung im Alter
Thomas Bulmahn

Bitte die nächste Seite beachten!
See the following page, please!

Die Arbeitspapiere können bestellt werden/The discussion papers can be ordered:

Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Pressestelle
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Bestellungen von Arbeitspapieren: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die Arbeitspapiere vom WZB anfordern, eine **0,51 Euro-Briefmarke pro Papier** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte Arbeitspapier einen „Coupon-Réponse International“ (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von Arbeitspapier per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie Ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit Ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen – wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahme unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for Papers

We ask for a 0,51 Euro-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are kindly requested to send one “Coupon-Réponse International” (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.